

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- **Spanien: Linksregierung geduldet von katalanischen Separatisten – sicher? Für wie lange?**
- **Kommunale Gesundheitspolitik**
- **Menschenrechte im Betrieb**
- **Terra oblita – Ansatzpunkte für eine europäische Erinnerungskultur?**
- **Kalenderblatt, 29. März 1955: Dänemark/Deutschland – Anerkennung von Minderheitenrechten**

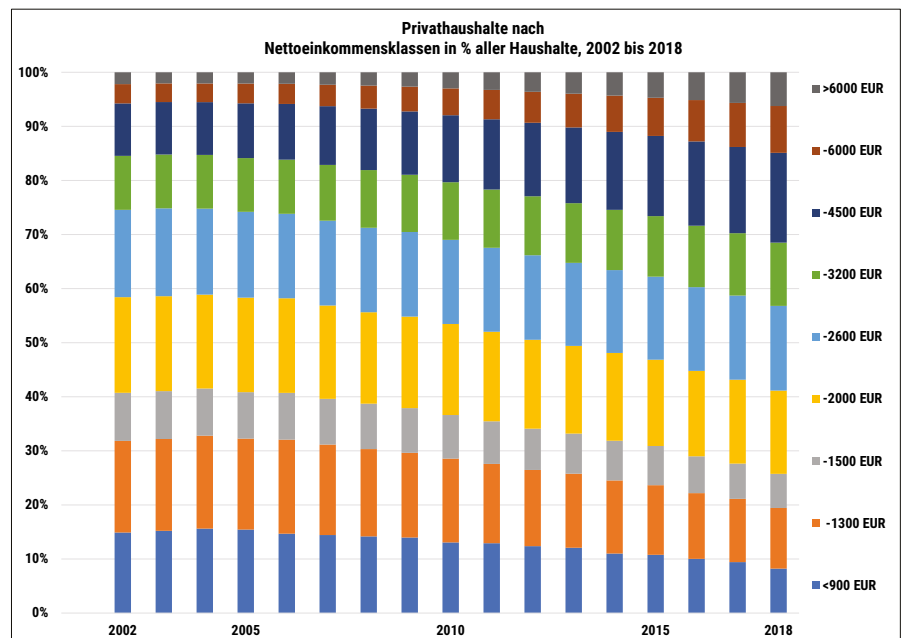
In eigener Sache: Änderungen beim Erscheinen der Politischen Berichte und neue Abo-Preise: Seite 21

Ausgabe Nr. 12 am 5. Dezember 2019, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Lage kompliziert – Strategie gesucht

Alfred Küstler, Stuttgart. Die Beobachter aus dem nahen Ausland waren sich sicher: Die unerwartete Entscheidung der SPD-Mitglieder für die neue Parteiführung Walter-Borjans und Esken bedeutet: „Die deutsche Politik steuert längst in eine andere Richtung. Sie heisst Schwarz-Grün.“ (NZZ am Sonntag, 1. Dez. 2019). Der Schweizer Kommentator erwähnt dabei, den „gesellschaftlichen Wandel“, der diesen Kurs stützt. Nebenstehende Grafik ist ein Indiz für diesen gesellschaftlichen Wandel. Er zeigt nach neun Untergruppen die Entwicklung der Haushaltseinkommen der ungefähr letzten zwei Jahrzehnte. Vergrößert sind damit dargestellt die Zone der Einkommensbezieher, die, aus welchen Gründen auch immer, ganz oder teilweise auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind (die untersten drei Gruppen, Einkommen unter 900 Euro und die zwei Gruppen 900 bis 1300 und 1300 bis 1500 Euro). Diese Gruppe hat abgenommen, auch wenn bei Berücksichtigung der Inflationsrate die Abnahme nicht so deutlich wäre. Aber diese Zone „knapper Einkommen“ ist immer noch sehr hoch und führen beim Konsum zu beträchtlichen Einschränkungen (Wohnung, Urlaub, Mobilität). In etwa gleich geblieben ist die Mitte, „auskömmlichen Einkommen“, aus dem Bereich der



Facharbeit in Industrie und Verwaltung. Zugenommen hat der Anteil der akademischen Berufe mit „überschießenden Einkommen“. Der Skandal der Armut in einem reichen Land besteht. Mit Lohnbewegungen war dem nicht beizukommen, weil zu vieles in den Bereich von prekärer Beschäftigung fällt. Mit „die Reichen sollen zahlen“ ist das Problem nicht abzuräumen. Der soziale Ausgleich wird nicht ohne Ausgleich zwischen den Zonen der Bedürftigkeit, Auskömmlichkeit und des Überschusses gelingen. Die Linke ist konzeptionell gefordert.

Datenquelle: <https://www-genesis.destatis.de>, Abrufcode für die Suchmaske: 12211-0105

welche die Zeitung in den jugoslawischen Nachfolgekriegen spielte. In Kroatien ist man noch heute dem früheren Herausgeber Johann Georg Reißmüller dankbar, weil er den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl wesentlich bei dessen Entscheidung beeinflusste, die Unabhängigkeit Kroatiens (und Sloweniens) anzuerkennen.“ Am 27.11. berichtet die Zeitung, dass die Staatspräsidentin Kroatiens, Kolinda Grabar-Kitarović den im vergangenen Jahr verstorbenen ehemaligen Herausgeber der FAZ, „posthum mit dem Fürst-Branimir-Orden für besondere Verdienste bei der internationalen Anerkennung Kroatiens“ ausgezeichnet hat. Dazu führt die FAZ unter Berufung auf Jürgen Crobog, der seinerzeit politischer Direktor des Auswärtigen Amts gewesen war, aus, Reißmüller habe „durch seine Leitartikel die Jugoslawien-Politik des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl getrieben und dessen Regierung in der Anerkennungsfrage unter erheblichen Handlungsdruck gesetzt.“ – Eine kritische Prüfung der damaligen Vorgänge sollte die Frage behandeln, ob die BRD-Diplomatie das Risiko des entsetzlichen Bürgerkriegs ausgeblendet oder ob sie diese Gefahr billigend in Kauf nahm.

Bild: <https://www.faz.net/aktuell/70-jahre-fa-a-z/f-a-z-im-ausland-die-zeitung-ist-der-kompass-16457311.html>

PB 1/2020, Projektankündigung. Auseinandersetzung mit der Agenda des EU-Außenbeauftragten. Die Umstellung auf das 32-Seiten Format (siehe S. 21) erleichtert die Ausleuchtung von Themen. Autorinnen und Autoren, die zum o.a. Thema einen Beitrag liefern könnten, wenden sich bitte bald an Eva Detscher (eva.detscher@web.de) bzw. Rolf Gehring (rgehring@efbwawi.eu) die das Projekt koordinieren.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT SECHS MAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros). Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 € (Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 €, Ausland: 48 €, Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €).

Druck und Versand: Projekt Print, München

Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

FAZ Kriegserinnerungen – Ein Ruhmesblatt?

Martin Fochler, München. Nachdem der Rezensent eines offiziellen militärgeschichtlichen Werkes (Kriemann, Der Kosovokrieg, ib FAZ, 8.10.) mitteilte, in diesem offiziellen Werk werde die Anerkennungspolitik der BRD als „Öffnen der Büchse der Pandora“ charakterisiert, (siehe PB 11), rühmt Klaus-Dieter Frankenberger, für die Außenpolitik verantwortlicher FAZ-Redakteur, am 1.12. sein Blatt für dessen Tatbeitrag: „Es gibt Staaten, die verdanken ihre Unabhängigkeit den Kommentaren der Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Dankbarkeit in Ländern Südosteuropas gelte „der Rolle,



Winterwahlen im Vereinigten Königreich – Ausgang ungewiss

EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Es ist jetzt in der Hand des britischen Wählers, welches Gesicht Europa in den nächsten Jahren haben wird. Es ist nicht berechenbar, weder für den unbeteiligten Beobachter noch für die beteiligten Akteure, wie sich die Situation nach dem 12. Dezember 2019 darstellen wird. Daher verzichten wir hier auf das Durchspielen verschiedener denkbarer Szenarien. Die Besonderheiten des britischen Wahlsystems und der damit verbundenen Mehrheitsbildung im britischen Unterhaus müssen durchaus noch einmal in den Blick genommen werden, weil sie noch zusätzlich zu überraschenden Ergebnissen führen kann.

In den Wahlen hat jeder Bürger unter folgenden Bedingungen: er muss über 18 Jahre alt sein. Er ist Brite, Ire oder qualifizierter Commonwealth-Bürger. Er wohnt an einer Adresse im Vereinigten Königreich (oder als UK-Bürger im Ausland, der registriert war zu wählen in den letzten 15 Jahren). Er ist nicht ausgeschlossen vom Wahlrecht. Nicht wählen dürfen u.a. die Mitglieder des britischen Oberhauses und auch nicht die EU-Bürger.

Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Auszählung erfolgt nach Wahlbezirk, gewonnen hat der Kandidat mit den meisten Stimmen. Jeder Wahlbezirk entsendet einen Abgeordneten. Es sind 650 Wahlbezirke, daher hat das britische Parlament 650 Sitze.

Die Wahlbezirke und ihre Größe nach Wahlberechtigten sind je nach Landesteil verschieden:

Landesteil	England	Schottland	Wales	Nordirland
Anzahl Wahlbezirke	533	59	40	18
Wahlberechtigte pro Wahlbezirk	72.200	67.200	56.000	68.300

Gegenwärtig sind 11 Parteien bzw. Gruppierungen (unter anderem durch den Rauschmiss aus der Konservativen Partei bzw. parteiübergreifender Zusammenschlüsse wegen der Brexitpolitik) im Parlament vertreten, 2 Sitze nicht besetzt

Zur Erinnerung – warum wird gewählt

„Get Brexit done“ – frei übersetzt: jetzt machen wir ihn endlich, den Brexit – ist der alles übergreifende Wahlslogan der Konservativen Partei unter Boris Johnson. Während Theresa May unbedingt vermeiden wollte, dass die Grenze zwischen EU und Vereinigtem Königreich in die irische See (also zwischen die Hauptinsel und der irischen Insel) verläuft und mit der EU dafür den sogenannten „Backstop“ ausgehandelt hat, war das für Boris Johnson kein Hindernis: die jetzige Regelung vermeidet die Grenze

Parteiame – oft genannt als	Parlamentsmitglieder		
	Anzahl der Sitze	Frauen	Männer
Conservative Party – Tories	298	60	238
Labour Party – Labour ¹	243	115	128
Scottish National Party – SNP ²	35	12	23
Independent	24	5	19
Liberal Democrats – LibDems	20	10	10
Democratic Unionist Party – DUP ³	10	1	9
Sinn Féin ⁴	7	3	4
The Independent Group for Change	5	3	2
Plaid Cymru ⁵	4	1	3
Green Party – Greens	1	0	1
Speaker	1		1
Vacant	2		

1) Labour Party in Wählergemeinschaft mit der Co-operative Party • 2) Kandidiert nur in Schottland • 3) Kandidiert nur in Nordirland • 4) Kandidiert nur in Nordirland, verweigert die Teilnahme am britischen Parlament. Diese sieben Parlamentssitze sind also unbesetzt. • 5) Kandidiert nur in Wales.

innerhalb Irlands, dafür aber sind die Nordiren in eine Lage gebracht, die sie seit Jahrhundert nicht mehr hatten: sie müssen eine Kontrolle überwinden – egal ob nur Ausweis vorzeigen oder Waren deklarieren – wenn sie von der irischen auf die britische Insel und zurück wollen. Die Folgen dieses Aufkündigens der Interessensgemeinschaft spielen in den anderen Landesteilen Schottland und Wales eine prominente Rolle, wobei es dort im Moment noch um Wahlerfolg für eine EU-freundliche Regierung geht.

Aber da liegt der Hase auch im Pfeffer: Labour kann sich nicht festlegen, sondern verschiebt die Diskussion um das weitere Verhalten bezüglich des Referendums von 2016 auf nach den Wahlen – in der Hoffnung, dann die Regierung zu stellen (auch in Koalition mit z.B. der schottischen Nationalpartei, die aber dann an den Verhandlungen bezüglich

mes“ werden, also ein Gebiet mit tiefen Steuern und Sozialstandards – es steht zu befürchten, dass der Diskurs innerhalb der Tories auf deren Verschiebung zu einer Partei des rechten Spektrums mit Stärkung der illiberalen Positionen hingetrieben wird.

Auf die 27 anderen EU-Mitgliedsstaaten, die seit 1. Dezember mit neuer EU-Kommission (nur 26

Kommissare plus Chefin, weil GB keinen entsendet vor dem 12.12.) ihre inneren Beziehungen und das Auftreten und Erscheinen gegenüber der Nicht-EU-Welt neu gestalten müssen, kommen komplizierte Aushandlungsaufgaben zu. Der britische Gewerkschaftsbund TUC hat sich erneut eindeutig für die Bewahrung der durch die Mitgliedschaft in der EU beförderten Standards ausgesprochen.

Brexit-Wahl? Schicksalswahl?

Beides stimmt wohl in dieser besonderen Situation – die Beweggründe des Wählers sind vielschichtig und von vielerlei Faktoren beeinflusst. Gerade die neuen Methoden, die beim Brexit-Referendum 2016 über die Zusammenarbeit mit Dominic Cummings, Cambridge Analytica und anderen in die Wahlkampfstrategie mit eingebaut wurden, könnten noch für Überraschungen auf den letzten paar Metern sorgen. In welche Richtung? Das entscheidet am Schluss der britische Wähler.

Die zwölf Schlüsselfragen von Labour:

1. Erhöhung des Gesundheitsbudgets um 4,3%
2. Ein zweites Brexit Referendum
3. Mindestlohn von 8,21 auf 10 britische Pfund
4. Keine Erhöhung des Rentenalters von 66 auf 70 Jahre
5. Einführung eines nationalen Versorgungssystems
6. Null Prozent CO₂-Ausstoß
7. Verstaatlichung der Schlüsselindustrien
8. Beseitigung des „Universal credit“-Systems (Wohlfahrtsstaat reloaded, das jetzige System fasst einige zuvor einzeln gezahlte Leistungen zusammen...)
9. Abschaffung der Gemeinnützigkeit für private Schulen
10. Freie Busfahrt für unter 25-Jährige
11. Recht für EU Bürger, in GB zu bleiben und dort zu arbeiten
12. Bau von (freiübersetzt) 100 000 Sozialwohnungen pro Jahr

Spanien: Linksregierung geduldet von katalanischen Separatisten – sicher? Für wie lange?

CLAUS SEITZ, SAN SEBASTIÁN

Als Hauptverantwortlichen für die Blockadesituation und die misslungene Regierungsbildung haben die spanischen Wähler Ciudadanos ausgemacht und mit dem Verlust von 60% ihrer Stimmen (über 80% ihrer Sitze) bestraft. Ciudadanos hatte sich einer Koalition mit der PSOE verweigert. Zusammen hätten sie mit einer absoluten Mehrheit von 180 Sitzen im Parlament ohne Abhängigkeit von Podemos oder von katalanischen und baskischen nationalistischen Parteien regieren können. Insbesondere die großen Unternehmerverbände hatten sich dafür stark gemacht. Aus und vorbei, diese Alternative besteht nicht mehr. Der Parteivorsitzende Alberto Riveras und weitere Führungsmitglieder sind zurückgetreten.

Welche Schlüsse wird Ciudadanos aus der verheerenden Wahlniederlage bezüg-

lich ihres zukünftigen Kurses ziehen? Wird sie ihre von Vox geduldeten und ideologisch beeinflussten Koalitionsregierungen mit der PP in Madrid, Andalusien und Murcia kritisch hinterfragen?

Von den 2,5 Millionen Wählern, die Ciudadanos verloren hat, sollen 0,9 Millionen an die Volkspartei und 400 000 an die rechtsextreme Vox gegangen sein. Vox ist jetzt drittstärkste Partei und hat die 15 %-Marke übersprungen.

Eine Million ehemaliger Ciudadanos-Wähler sollen sich enthalten haben. Hier hatten sich die Sozialisten deutlich mehr erhofft als die 0,2 Millionen, die sie sich erangelten. Sie hatten mit einem Zuwachs auf 140 Sitze bei den Neuwahlen spekuliert und aus diesem Grund nicht wirklich ernsthaft mit Podemos verhandelt.

Auch daraus wurde nichts: Mit 120 Sitzen (-3) und 0,73 Millionen verlorenen Stimmen geht die PSOE zwar erneut als stärkste Partei, aber geschwächt, aus den

Wahlen hervor.

Podemos hat ebenfalls Federn lassen müssen. Die Mehrheit der politischen Kommentatoren wertet ihr Abschnitten (12,84 % zu 14,31 % im April) aber eher als Konsolidierung der Partei, die sich hinter der Führung zusammengeschlossen habe.

Die um knapp 6 % gesunkene Wahlbeteiligung ging fast gleichermaßen zu Lasten des linken Lagers (-0,98 Millionen) und des rechten Lagers inklusive Vox (-0,88 Millionen), die regional-nationalistischen Parteien (Block 3) und die nationalistisch-separatistischen Parteien (Block 4) konnten ihr Wählerpotential dagegen behaupten. Ausgedrückt in Abgeordnetensitzen sieht das wegen der Eigentümlichkeiten des Wahlsystems etwas anders aus: Das linke Lager verliert 8 Sitze. 4 Sitze gehen an das rechte Lager, vier an regionale, nationalistische und separatistische Parteien.

Wahlergebnisse Parlamentswahlen Spanien Nov. und April 2019

	Sitze		Stimmen Mio.		in %	
	11/19	4/19	11/19	4/19	11/19	4/19
gesamt	350	350	24,366	26,361	69,9	75,8
			-1,995		-5,9	
1. Linke Parteien						
PSOE	120	123	6,753	7,481	28,0	28,7
Unidos Podemos (UP)	35	42	3,097	3,733	12,8	14,3
Más País / Compromis ⁽¹⁾	3	0	0,554		2,3	
Compromis		1		0,173		0,7
Linke zusammen	158	166	10,404	11,387	43,1	43,7
	-8		-0,983		-0,5	
2. Rechte Parteien						
Partido Popular (PP)	89	66	5,020	4,356	20,8	16,7
Vox	52	24	3,640	2,677	15,1	10,3
Ciudadanos (C's)	10	57	1,638	4,137	6,8	15,9
Navarra Suma (NA+) ⁽²⁾	2	2	0,098	0,107	0,4	0,4
Rechte zusammen	153	149	10,396	11,277	43,1	43,2
	4		-0,881		-0,1	
3. Regionale, nationalistische Parteien⁽³⁾						
PNV ⁽⁴⁾	6	6	0,377	0,395	1,6	1,5
CCa-PNC-NC ⁽⁵⁾	2	2	0,124	0,137	0,5	0,5
PRC ⁽⁶⁾	1	1	0,069	0,052	0,3	0,2
Teruel Existe! ⁽⁷⁾	1		0,020		0,1	
Regionalisten zusammen	10	9	0,590	0,584	2,4	2,2
	1		0,006		0,2	
4. Nationalistisch, separatistische Parteien⁽⁸⁾						
ERC	13	15	0,870	1,015	3,6	3,9
JxCat-Junts	8	7	0,527	0,498	2,2	1,9
EH Bildu ⁽⁹⁾	5	4	0,277	0,259	1,2	1,0
CUP-PR ⁽¹⁰⁾	2		0,245		1,0	
Front Republiká ⁽¹¹⁾		0		0,113		0,4
BNG ⁽¹²⁾	1		0,120	0,094	0,5	0,4
Separatisten zusammen	29	26	2,039	1,979	8,5	7,6
	3		0,060		0,9	

Anmerkungen zur Tabelle Wahlergebnisse

Mit der Novemberwahl sind vier neue Parteien hinzugekommen – Más País⁽¹⁾, „Teruel existe!“⁽⁷⁾, CUP und BNG. 17 Parteien bzw. Wählervereinigungen sind somit im spanischen Parlament vertreten. Einige von diesen wiederum formiert aus einem Bündnis mehrerer Parteien.

(1) Der Zusammenschluss von Más Madrid, Compromis (Valencia), Chunta Aragonesista und Equo

angeführt von Iñigo Errejón (Ex-Nr. 2 von Podemos) hat das selbstgesetzte Ziel „5 % der Stimmen auf nationaler Ebene“, was die Bildung einer eigenen Fraktion ermöglicht hätte, mit 2,3 % (3 Parlamentssitze, davon 2 in Madrid und 1 in Valencia) klar verfehlt. Kandidiert wurde in 18 der 52 Provinzen. Aber nur dort, wo die Liste über eine regional-verankerte Struktur verfügte, in Madrid, den drei valencianischen Provinzen und der Provinz Saragossa konnten Ergebnisse zwischen 4,2 und 8,8 % erzielt werden. Insbesondere das Ergebnis in Barcelona war mit 1,43 % viel schwächer als erhofft. Equo hatte sich per Mitgliederentscheid mehrheitlich für eine gemeinsame Liste ausgesprochen, dennoch unterstützten wichtige Regionalverbände (Katalonien, Baskenland, Valencia, Andalusien) weiterhin Podemos. Bekannte Vertreter der Errejón-Strömung und von Equo waren in regionalen Podemos-Listen sicher eingebunden. Die politische Ausstrahlung aus der Hauptstadt allein war offensichtlich zu schwach.

(2) In Navarra haben sich die Regionalpartei Unión del Pueblo Navarra (UPN), PP und Ciudadanos zu einer Koalition zusammengeschlossen.

(3) Die hier aufgelisteten Parteien erfolgen vorrangig ihre regionalen bzw. nationalistischen Interessen und unterstützen bei entsprechender Honorierung eine PSOE-Regierung.

(4) Die baskisch-nationalistische Regierungspartei PNV erzielte im Baskenland 32,1 % der Stimmen. PNV grenzt sich deutlich vom einseitigen Vorgehen des katalanischen Separatismus ab.

(5) Zusammenschluss nationalistisch, regionaler Parteien der Kanaren mit dem Ziel, die autonome Selbstverwaltung zu stärken.

(6) Kantabrische Regionalpartei, stellt den Ministerpräsidenten Kantabriens. Bei der ersten Kandidatur

zum spanischen Parlament im April 2019 wurde prompt einer der fünf kantabrischen Abgeordnetenmandate erzielt. PRC unterstützt eine PSOE-Regierung im Gegenzug gegen Infrastrukturmaßnahmen in Kantabrien.

(7) Eigentlich eine Bürgerinitiative in der aragonesischen Provinz Teruel. Dem Vorbild der kantabrischen PRC folgend wurde jetzt erstmals kandidiert und auf Anhieb mit 19.696 Stimmen (26,7 % der Stimmen) einer der drei in der Provinz vergebenen Sitze erreicht. Mit knapp 20 000 Stimmen ein Parlamentssitz! Eine weitere Besonderheit des spanischen Wahlsystems: Jede der 50 Provinzen – unabhängig von der Anzahl der Wahlberechtigten – erhält vorab 2 Sitze, die restlichen Abgeordnetenmandate werden dann im Verhältnis der Bevölkerungszahl auf die Provinzen verteilt. „Degressive Proportionalität“, die kleine Provinzen überrepräsentiert.

(8) Am 25.10.19 haben die hier aufgeführten Parteien in einer gemeinsamen Resolution das „Recht auf Selbstbestimmung“ und „Amnestie für die verurteilten katalanischen Politiker gefordert, die „immer autoritärere, repressivere, weniger demokratische Politik des spanischen Staates“ kritisiert und behauptet, eine vollständige Demokratisierung des spanischen Staates sei unmöglich wegen des Widerstands der alten Regime-Strukturen“ und der „fehlenden Gewaltenteilung“.

(9) Baskisch links-nationalistische Partei. Mit 18,7 % der Stimmen im Baskenland und 5 Sitzen erstmals als Fraktion im spanischen Parlament vertreten.

(10) Antisystemisch-separatistisch katalanische Partei. Erstmalige Kandidatur; 6,35 % und 2 Sitze in der Provinz Barcelona. Wahlslogan: „Wir sind unregierbar, wir bekämpfen das Regime, wir verbreiten die Rebellion“, will im Parlament „Ungehorsam praktizieren“.

(11) Teile dieser Koalition beteiligten sich bei der jetzigen Wahl innerhalb der CUP.

(12) Galicisch nationalistischer Block. Mit 9,51 % der Stimmen wurde in der Provinz La Coruña einer der 8 Sitze erreicht.



https://de.m.wikipedia.org/wiki/Autonome_Gemeinschaften_Spaniens

Zwischen den beiden großen Lagern besteht faktisch eine Pattsituation: Links 43,14 % und 158 Sitze, Rechts 43,11 % und 153 Sitze.

Regierungschef Sanchez versucht den Abwärtstrend durch rasches und ent-

schiedenes Vorpreschen zu stoppen. Nur 48 Stunden nach der Wahl verkündete er den Abschluss eines Vorvertrags für eine Linkskoalition mit Podemos und umarmte sich demonstrativ vor laufenden Kameras mit Podemos-Generalsekretär

Iglesias. Iglesias soll den Posten eines Vizepräsidenten für Soziales erhalten und vier Ministerien sollen an Podemos gehen, darunter angeblich die für Arbeit, Gleichstellung und Universitäten, also keines der Kernministerien. Ein Regierungsprogramm ist in Erarbeitung.

In Mitgliederbefragungen haben 92 % (PSOE) bzw. 96 % (Podemos) für die geplante Koalition gestimmt.

Eine absolute Mehrheit (mindestens 176 Stimmen) können PSOE und Podemos im Parlament nicht erreichen. In einer zweiten Abstimmung würde aber eine einfache Mehrheit reichen, die mit den Ja-Stimmen der regionalen-nationalistischen Parteien und Enthaltungen aus dem Block der nationalistisch-separatistischen Parteien, wofür in erster Linie die Esquerra Republicana (Republikanische Linke Kataloniens, ERC) in Frage kommt, gesichert werden könnte.

ERC fordert im Gegenzug für eine Enthaltung die Aufnahme eines Dialogs. In Vorverhandlungen zwischen PSOE und ERC soll ein Zeitplan erarbeitet und von den jeweiligen Parteivorsitzenden öffentlich unterzeichnet werden. Auf dieser Basis könnte dann auf Regierungsebene, zwischen der spanischen Regierung und der katalanischen Regionalregierung, ein Dialog stattfinden, versehen mit Mechanismen zur Umsetzung erreichter

DOKE Vorvertrag für eine Linksregierung PSOE / Podemos

1. Konsolidierung des Wachstums und Schaffung von Arbeitsplätzen. Prekäre Arbeitsverhältnisse bekämpfen. Würdige, sichere und gute Arbeit garantieren.

2. Bekämpfung der Korruption – für Regeneration. Die öffentlichen Dienste absichern, insbesondere das Erziehungswesen (eingeschlossen die Kinderschulen von ein bis drei Jahren), das öffentliche Gesundheitswesen und die Betreuung abhängiger Personen. Absicherung der Renten: Sicherung der Nachhaltigkeit des öffentlichen Rentensystems und Anhebung der Renten entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten. Wohnung als Recht und nicht als pure Ware. Auf die Wissenschaft als wirtschaftlichen Innovationsmotor bauen und die Arbeitsbedingungen des Sektors würdig gestalten. Wiedergewinnung ausgewandelter Talente. Kontrolle der Ausbreitung von Wettbüros.

3. Kampf gegen den Klimawandel. Gerechter ökologischer Umbau, Bewahrung der Biodiversität. Die würdige Behandlung von Tieren garantieren.

4. Stärkung der kleinen und mittleren Firmen und der Selbst-

ständigen. Anschub für Re-Industrialisierung und den primären Sektor. Administrative Förderung der Grundlagen für das Schaffen von Reichtum, Wohlstand und Beschäftigung, Impuls für die Digitalisierung.

5. Verabschiedung neuer Gesetze, die die Anerkennung der Würde des Menschen vertiefen, wie das Recht auf einen würdigen Tod, auf Sterbehilfe; Schutz der Vielfalt und Sicherung Spaniens als Staat der Erinnerung und Würde.

6. Sicherung des Rechts auf Kultur und Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse in diesem Sektor. Förderung des Sports als Garanten von Gesundheit, Integration und Lebensqualität.

7. Politik für Frauen. Die Sicherheit, Unabhängigkeit und Freiheit der Frauen vermittelt des entschiedenen Kampfes gegen die Gewalt gegen Frauen und für gleiches Einkommen stärken. Festlegung von gleichwertigem, nicht übertragbarem Vaterschafts- und Mutterschaftsurlaub; Beendigung des Menschenhandels mit dem Ziel sexueller Ausbeutung; Erarbeitung eines Gesetzes über gleiche Arbeit.

8. Den Entvölkerungsprozess zurückdrehen durch entschlossene Hilfe gegen die Entvölkerung (bestimmter ländlicher Regionen)

9. Das Zusammenleben in Spanien sichern. Die spanische Regierung wird vorrangig an einer Sicherung des Zusammenlebens und der Normalisierung des politischen Lebens in Katalonien arbeiten. Beförderung des Dialogs in Katalonien, indem Lösungen für das gegenseitige Verständnis gesucht werden – immer innerhalb der Verfassung. Die autonomen Regionen sollen gestärkt werden, indem gleiche Rechte und Leistungen garantiert werden. Wir werden die Gleichheit aller Spaniens garantieren.

10. Steuergerechtigkeit und Haushaltsausgleich. Die Bewertung und Kontrolle der öffentlichen Ausgaben ist wesentlich für die Nachhaltigkeit eines soliden und dauerhaften Wohlstandsstaates. Die Regierung wird die Sozialpolitik verstärken und neue Gesetze erlassen, die Spanien an die europäischen Abkommen über steuerpolitische Verantwortung anpassen, vermittelt einer gerechten und progressiven Steuerreform, die Steuerprivilegien eliminiert.

Abkommen. Ein erzielt Abkommen müsste einem Referendum unterworfen werden.

Als Ziel des Dialogs gibt ERC nicht mehr und nicht weniger als die „Lösung des Konflikts zwischen Katalonien und Spanien“ mittels einer „Amnestie für die verurteilten katalanischen Politiker“ und der „Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung“ aus.

Aus Sicht der PSOE sollte der Dialog im Rahmen einer bilateralen Kommission von Staat und katalanischer Regionalregierung stattfinden, die im katalanischen Statut bereits verankert ist. Aus dem geforderten Dialog schließt PSOE das Thema „Selbstbestimmung“ aus, weil es dafür keine Basis in der Verfassung gebe. „Wir sind bereit, uns auf einen Dialog einzulassen. Mit allem, was auf eine Verbesserung im Rahmen der Selbstverwaltung hinausläuft, haben wir keine Probleme. ... Das Einzige, um was wir ERC bitten, ist, dass sie nicht dagegen sind, dass Spanien eine neue Regierung erhält. Wir fordern kein positives Votum, lediglich dass sie eine Aufhebung der Blockade ermöglichen. Aber dazu fordern wir auch die anderen politischen Formationen auf, die dies in ihrer Hand haben.“ (José Ábalos, Minister für Entwicklung)

In einer kleinen bilateralen Kommission führen PSOE und ERC jetzt Vorverhandlungen über die konkrete Ausgestaltung des geforderten Dialogs.

Vom Ergebnis der Verhandlungen hängen nicht nur die notwendigen Enthaltungen bei der Abstimmung über die Regierung im Parlament ab, sondern auch weitergehend der Staatshaushalt 2020 und die Stabilität der Regierung über die gesamte Legislaturperiode.

Die radikaleren Sektoren der katalanischen Separatistenbewegung üben wachsenden Druck auf ERC aus. Junts per Catalunya fordert die Anerkennung von Puigdemont als Verhandlungspartner und einen internationalen Moderator in den Verhandlungen. Die CUP lehnt einen Dialog und die Unterstützung der Sanchez-Regierung völlig ab und setzt auf die Strategie des dauerhaften Konflikts, um Katalonien und Spanien unregierbar zu machen. Der Pakt mit der Regierung soll auf der Straße verhindert werden. Die Selbstbestimmung sei auf keinen Fall verhandelbar.

Unternehmerverbände, die um den Regierungseintritt von Podemos besorgt sind, und regionale Führer der Volkspartei fordern alternative Lösungen (große Koalition, Duldung einer PSOE-Regierung durch die Volkspartei, Technokratenregierung).

Ex-Präsident Aznar ruft wegen der „radikalen Linkskoalition, in die erstmals nach dem Bürgerkrieg die Kom-

Ciudadanos – Absturz in Rekordzeit

2015 bei ihrer ersten Kandidatur auf nationaler Ebene wählten die Leute Ciudadanos als „Partei der Erneuerung“ und bestraften damit die Volkspartei für ihre Korruptionsskandale. Ciudadanos wurde als Zentrums-Partei, als Gegenwicht zum PSOE, wahrgenommen und als Partei mit Scharnier-Funktion, die Koalitionspakte mit rechts und links schließen könnte. Das Establishment begrüßte angesichts des Aufstiegs von Podemos die Ankunft des jungen Politikers und brillanten Redners Alberto Rivera.

„Erst vom IBEX (spanischer DAX) verhätschelt, jetzt zerbrochenes Spielzeug“, „beispielsloser Schiffbruch in der spanischen Demokratie“, „die Götterdämmerung eines Führers, der alles wollte“, „Höchststrafe für Ciudadanos“ – so einige der Schlagzeilen nach der Wahl.

Vor gerade 18 Monaten wurde Ciudadanos in der Wählerbefragung von „El País“ mit 29,1 % der Stimmen noch auf Platz 1 gelistet. Kurz darauf wurde das Urteil im Korruptionsskandal „Gürtel“ verkündet, in dem die Volkspartei PP als „Nutznießer eines Systems institutioneller Korruption“ verurteilt wurde. Gegen den Misstrauensantrag, den die Sozialisten daraufhin am 1.6.2018 im Parlament einbrachten, stimmte Ciudadanos mit „Nein“. Die „Partei der Regeneration“ sprang der korrupten Rajoy-Regierung zur Seite und stellte damit die eigene Identität als „Erneuerungspartei“ in Frage.

Aus den katalanischen Regionalwahlen am 21.12.2017 war Ciudadanos als stärkste Partei hervorgegangen, nachdem sie im Wahlkampf die Rajoy-Regierung von rechts angegriffen und schärfere Maßnahmen gegen die katalanische Unabhängigkeitsbewegung gefordert hatte. In der Folgezeit verließ die Parteiführung um Rivera das politische Zentrum zunehmend mit dem Kalkül, die angeschlagene Volkspartei mit einem scharf nationalistischen Diskurs von rechts zu überholen. Typisch war z.B. die Beschimpfung von Sanchez als „Bandit“ und „Verräter“ wegen seiner Bereitschaft zum Dialog mit den

katalanischen Parteien. – Am 19.2.2019 beschloss das Exekutiv-Komitee von Ciudadanos ein striktes Veto gegen Pakte mit den Sozialisten nach den Parlaments-, Regional- und Kommunalwahlen im April und Mai 2019 und weigerte sich gleichzeitig, eine rote Linie gegen die rechtsradikale Vox zu ziehen.

Nach der Parlamentswahl im April, bei der Ciudadanos nur knapp hinter der PP zurückblieb, versuchten Vertreter des sozialliberalen Flügels der Partei mit Unterstützung einflussreicher Unternehmer vergeblich die Parteispitze doch noch zu einer Annäherung an die Sozialisten zu bewegen. Unternehmensvertreter sollen bei jedem Treffen, bei jedem Essen, bei jeder zufälligen Begegnung Ciudadanos darum gebeten haben, mit Sanchez zu paktieren und Spanien aus dem Zustand der politischen Blockade zu führen. Riveras blieb bei seinem kompromisslosen Nein.

Damit beraubte er Ciudadanos in allen Koalitionsverhandlungen des wichtigsten Drohpotentials, nämlich auch mit der PSOE regieren zu können, und warf die Partei in den Regionen und Kommunen faktisch in die Arme von PP und Vox. Die autonomen Regionen Madrid, Murcia, Kastilien und León, sowie Großstädte wie Madrid, Saragossa, Malaga und Alicante fielen kampfflos an die PP, obwohl einige dieser PP-Regierungen, z.B. in der Region Madrid und in Kastilien-Leon, seit Jahrzehnten an der Macht waren und tief im Korruptionssumpf steckten. Ein Befreiungsschlag für die nach der schweren Wahlniederlage angeschlagene PP-Parteiführung.

Ihren Erfolg und ihren Aufstieg verdankte Ciudadanos der Tatsache, dass die Partei vom Großteil ihrer Wähler für nützlich gehalten wurde als flexible Partei der Mitte angesichts des im Zerfall begriffenen Zweiparteiensystems und der schweren Korruptionsskandale. Die Parteiführung weigerte sich dies Realität anzuerkennen und diese Rolle anzunehmen.

Plötzlich wussten die Wähler nicht mehr, wofür Ciudadanos noch nützlich sein sollte.

munisten“ eintreten würden, „höchste Alarmstufe“ aus. Spanien drohe eine „verheerende Krise“. Dem müsse eine „Allianz der Verfassungsparteien“ entgegengesetzt werden – aber auf keinen Fall mit Sanchez.

PP-Präsident Casados verharrt im Blockademodus. Er lehnt definitiv ab, San-

chez in Form einer Enthaltung zu unterstützen oder in Verhandlungen über eine große Koalition einzusteigen. Die zehn verbleibenden Ciudadanos-Abgeordneten könnten doch ihre Ja-Stimmen für Sanchez abgeben, damit dieser nicht auf die Enthaltung katalanischer Separatisten angewiesen sei.

Neue Straßen in Papua-Neuguinea: Die, die sie brauchen, bekommen sie nicht

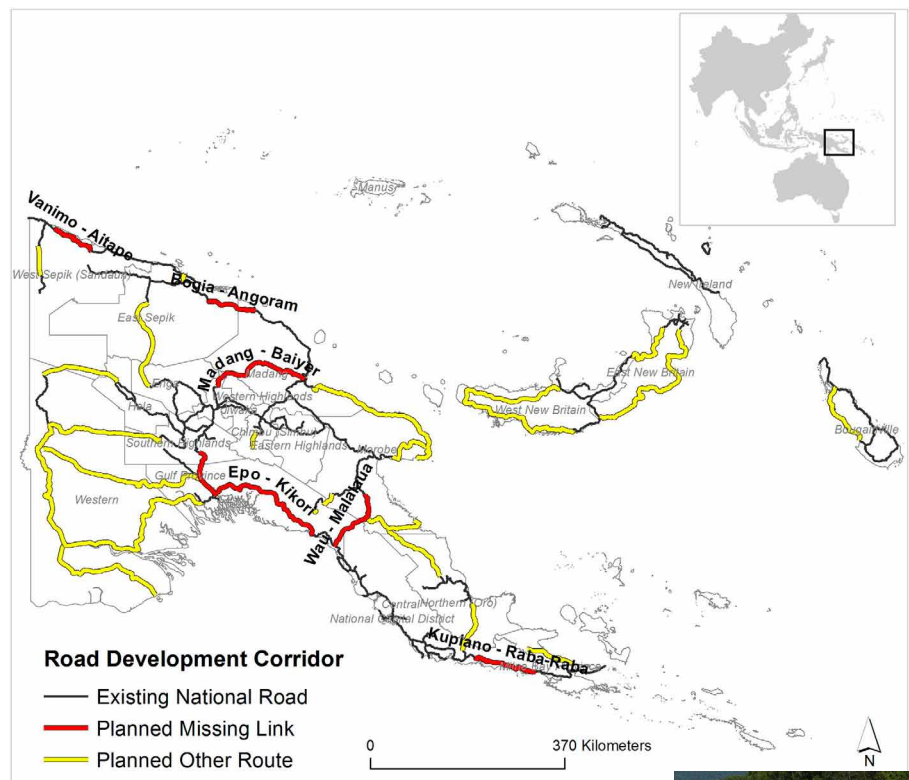
EDDA UND HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

Die Insel Neuguinea beherbergt die drittgrößte Fläche des tropischen Regenwaldes auf unserem Planeten. Der Staat Papua-Neuguinea (PNG), der die östliche Hälfte der Insel Neuguinea und eine Vielzahl von Inseln im Südpazifik einnimmt, besitzt davon einen riesigen Anteil, rund 328 000 qkm. In diesen Urwäldern sind natürlicherweise große Mengen an Kohlenstoff in der üppigen Vegetation und im Boden eingeschlossen, der bei beim Abholzen freigesetzt würde. Auch wimmelt es hier von Pflanzen- und Tierarten, die sonst nirgendwo auf der Welt zu finden sind, so mehrere seltene Baumkängurus und prächtige Paradiesvögel.

Nun will die Regierung von Papua-Neuguinea in den nächsten Jahren mehr als 6 000 Kilometer Straßen bauen, angeblich um die Infrastruktur zu verbessern und das Land aus der Armut zu befreien. Für die Bevölkerung, die mehrheitlich in schwer zugänglichen entlegenen Gebieten wohnen, wäre ein neues Verkehrsnetz durchaus von großem Vorteil. Zumal viele der zurzeit vorhandenen Straßen in Papua-Neuguinea in einem äußerst schlechten Zustand sind. Aber bedeuten diese aktuellen Regierungspläne, mal unabhängig von den damit verbundenen Umweltproblemen, wirklich eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen?

Ein Team von Wissenschaftlern hat sich unter der Leitung von Mohammed Alamgir, dem Umweltwissenschaftler an der James Cook University in Cairns, Australien, daran gemacht, die Auswirkungen der Pläne für den Straßenbau an Hand von Satellitenkarten zu überprüfen. Die Karten zeigen klar die Gebiete mit intaktem oder geschädigtem Wald im Land, die Steilheit der Hänge in den noch weitgehend bewaldeten Hochländern und außerdem die Standorte von Parks und Reservaten, Mooren und potenziellen oder aktuellen industriellen Abbaustätten. Sie warnen, diese Pläne könnten den natürlichen Reichtum des Landes ernsthaft gefährden und kämen der Bevölkerung nicht zugute.

„Die neuen Straßen werden viele Entwaldungs-Flächen in den Regenwäldern und in den kohlenstoffreichen Mooren schaffen, die die Treibhausgasemissionen stark erhöhen“, stellt Alamgir nach der Untersuchung fest. Neue Straßen in bisher abgelegene Gebiete werden zu mehr Holzeinschlag, intensiver Landwirtschaft und mehr Jagd führen und somit das Aussterben gefährdeter Arten



hervorrufen. Die Straßen werden bis 3.740 Quadratkilometer Urwald und weitere 3.080 Quadratkilometer der Kernwälder vernichten. Daneben werden sie die sogenannten „Connectivity Forests“ beschädigen, die als wichtige Korridore zwischen den Urwaldgebieten für die Bewegung von gefährdeten Tierarten nötig sind. Die geplante Trasse durchquert zudem den relativ ungestörten Tieflandregenwald Kamula Doso. Ein bestimmter Abschnitt, bekannt als „missing link“ (das „fehlende Glied“) der Epo-Kikori, durchzieht einen dichten Baumbestand. Und mehr als 300 Kilometer der geplanten Straßen werden außerdem rund 680 Quadratkilometer Moore durchqueren. Mal unabhängig davon, dass solch ein Streckenbau besonders teuer ist, gehören diese Gebiete in PNG zu den besonders kohlenstoffreichen sumpfigen Gebieten mit Kohlenstoffschwamm im ganzen Land.

Der Bau der neuen Straßen sei auch deshalb bedenklich, sagte Alamgir, weil viele der acht Millionen Menschen in Papua-Neuguinea in irgendeiner Weise von den vorhandenen Wäldern wirtschaftlich und sozial abhängig sind. Mehrere der geplanten Straßen führen absurderweise in Gebiete, die fast frei von Menschen sind. Deshalb sei es bei diesem Infrastrukturprojekt unwahrscheinlich, dass die Straßen der Mehrheit der Bevölkerung überhaupt zugutekämen. Stattdessen liegen die Verkehrswege entlang jener Abschnitte, die auf Bergbaukonzessionen für Unternehmen hinweisen, die aus dem Landesinneren Bodenschätze wie Gold und Kupfer gewinnen wollen.

Und nur deshalb soll auch ein großer Teil der Straßen mitten ins „empfindliche“ Hochland im Innern von Papua-Neuguinea gebaut werden, obwohl auch hier steile Hänge und heftige jährliche Niederschläge die für den Bau und die Instandhaltung erforderlichen Investitionen in die Höhe treiben. „Ein paar Politiker und Landentwickler werden sehr reich werden, aber der Rest des Landes leidet – die traditionellen Gemeinschaften verlieren ihre Wälder, ihre Fischerei und sauberes Wasser“, so Alamgir.

Er und seine Kollegen stellen ernste Fragen nach dem Wert und den wirklichen politischen Zielen des staatlichen Projektes. Sie schlagen vor, dass die Investitionen anstelle einer aggressiven Erweiterung des Straßennetzes auf die Reparatur, die Modernisierung und den Ausbau des bereits für die Bevölkerung bestehenden Straßennetzes ausgerichtet werden müssten. Denn diese seien derzeit in einem äußerst schlechten Zustand. „Zwei Drittel der bestehenden Straßen von PNG sind fast unbrauchbar“, so Alamgir. „Warum ein Vermögen für den Bau neuer Straßen ausgeben, die du nicht in Stand halten kannst? Man sollte aus der Geschichte lernen, denn Papua-Neuguinea wird der große Verlierer sein und jahrelange soziale und ökologische Krisen werden die Folgen sein.“

Infos und Quelle: <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0219408#pone-0219408-q008>



BUND: Altmaiers Vorschläge keine Antwort auf die Windkraft-Krise

Zu den Vorschlägen von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier zur Stärkung des Windkraftausbaus an Land erklärt Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND:

„Die Vorschläge des Wirtschaftsministers werden den Windkraftausbau kaum stärken, sondern eher mehr Widerstand hervorrufen. Die Bundesregierung hat den Windkraftausbau erst durch ein neues Fördersystem beschränkt, dabei die Bürgerenergie fahrlässig ausgebremst und nichts getan, um den absehbaren Einbruch des Ausbaus zu verhindern. Jetzt will Altmaier die Flächen für Windkraft durch pauschale Abstände weiter einschränken und hebt nicht mal die Ausbaumengen an, um die Ziele der Bundesregierung erreichbar zu machen. Vor allem letzteres liegt jedoch in seinem Ressort, und er packt es nicht an. Zugleich sollen die Klagemöglichkeiten und der Naturschutz eingeschränkt werden. Ausgleichsmaßnahmen für Schäden an der Natur fallen nach Minister Altmaiers www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/kommentar-altmaiers-vorschlaege-keine-antwort-auf-die-windkraft-krise/

Plänen künftig völlig unter den Tisch. Das wird nicht mehr Akzeptanz schaffen. Einige der Vorschläge des Ministers sind tatsächlich lange überfällige und vom BUND schon lange geforderte Maßnahmen: Dazu zählt die Anpassungen bei der Flugsicherung. Auch bedarf es etwa der besseren finanziellen Beteiligung von Kommunen und bundeseinheitlicher Vorschriften für Natur- und Artenschutz. Den Ernst der Lage scheint Minister Altmaier aber noch immer nicht erkannt zu haben: Denn fast alle Maßnahmen verschiebt er gleich auf das nächste Jahr, obwohl sofortiges Handeln dringend geboten ist. Zugleich beziehen sich die meisten Vorschläge auf Kompetenzen anderer Ressorts. Minister Altmaier wird seiner Verantwortung für den Ausbau der Windkraft damit nicht gerecht.“

BUND zur Umfrage Windenergie an Land

Die Umfrage der Fachagentur Windenergie an Land zur Akzeptanz von Windkraftanlagen kommentiert Olaf Bandt, Geschäftsführer beim BUND:

„Die Zustimmung zur Energiewende ist in der Bevölkerung ungebrochen hoch. Die neue Umfrage zeigt, dass auch die vermeintlich so umstrittene Windkraft an Land sehr breit getragen wird: Es gibt keine ‚schweigende Mehrheit‘, die die Windkraft-Gegner stützt, das Gegenteil ist der Fall. Die vermeintlich sinkende Akzeptanz haben Bundes- und Landesregierungen als Vorwand genutzt, um den Windkraft-Ausbau vor die Wand zu fahren. Tausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Es braucht jetzt das politische Signal, dass der Erneuerbaren-Ausbau der zentrale Baustein für den Klimaschutz ist. Die Untätigkeit muss ein Ende haben. Statt www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/kommentar-ohne-windkraft-ausbau-kein-wirksamer-klimaschutz/

neuer pauschaler Abstandsvorschriften müssen die Ausbaumengen an Land stark erhöht und die nötigen Flächen ausgewiesen werden. Die Umfrage macht auch klar, dass eine bessere Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Kommunen gewünscht wird. Auch hier hat die Große Koalition bisher nichts Relevantes geliefert. Einheitliche Vorgaben für den Naturschutz sowie eine bessere personelle und fachliche Ausstattung der Behörden lahm das Zugpferd der Energiewende. Wer die Klimaziele erreichen will, muss jetzt mit naturverträglichem Windkraft-Ausbau handeln.“

NABU: Klima- und Artenkrise müssen gemeinsam gelöst werden

Windindustrie muss Auswirkungen auf betroffene Arten ernst nehmen. Wirtschaftsminister Altmaier hat Vertreter*innen der Länder, von Umweltverbänden, Anti-Windkraft-Initiativen und der Windindustrie zum Krisengespräch eingeladen. Der NABU mahnt, dass die Artenschutzprobleme der Windenergie nicht wegzudiskutieren sind, vielmehr muss eine konstruktive Lösung her. (...)

Der NABU kritisiert, dass hier wieder

einmal Klimaschutz gegen Artenschutz ausgespielt werden und kritisiert insbesondere die weitreichenden Forderungen des BWE (Bundesverband Windenergie) nach einer Aufweichung des geltenden Artenschutzes. Bereits in der aktuellen Rechtsprechung gibt es die Möglichkeit, die Bestände besonders windenergiesensibler Arten zu sichern und gleichzeitig die Erteilung von Genehmigungen für neue Windenergieanlagen zu erleichtern.

Vögel und Fledermäuse sind gefährdet. Die Ausführungen zum Artenschutzrecht im BWE-Papier beweisen, dass die Branche immer noch nicht anerkennt, dass der Ausbau der Windenergie für manche Vogel- und Fledermausarten eine wirkliche Gefahr darstellt. Die BWE-Forderungen sind unrealistisch, da sie gegen geltendes EU-Recht verstoßen. Anstatt echte Lösungsvorschläge zu machen, wird behauptet, dass das deutsche Artenschutzrecht über die Vorgaben der EU-Gesetzgebung hinauschießen würde. Tatsächlich aber wurde mit dem Kriterium eines „signifikant erhöhten Tötungsrisikos“ im deutschen Recht sogar eine Erleichterung eingeführt, um den Individuenbezug des EU-Rechts handhabbar zu machen. Wenn der BWE der Meinung ist, dass nach Europäischem Recht nur die absichtliche Tötung von geschützten Tieren verboten sei, verkennet er, dass dort auch die bedingte vorsätzliche Tötung untersagt ist. **Vielen Arten geht es schlecht.** Das im Papier absichtliche gegenseitige Ausspielen von Klimaschutz und Artenschutz ist politisch weder akzeptabel noch zielführend. Die Klima- und die Artenkrise müssen gleichrangig behandelt werden, denn allein der letzte Bericht des Weltbiodiversitätsrats (IPBES) zeigt klar, wie schlecht es um die Arten weltweit steht. **Die Veröffentlichungen der Windbranche ist ein gezieltes Ablenken von den eigentlichen Problemen.** Zum Beispiel die von der Politik verschuldeten Steuerungsfehler, wie das nicht funktionierende Ausschreibungsmodell in Verbindung mit defizitären und dadurch viel zu langen Genehmigungsprozessen. Die dadurch schwindende Akzeptanz für Windenergie bei der Bevölkerung darf nicht zulasten des Naturschutzes gehen. Anlässlich des Windgipfels haben Bundesverband der Energiewirtschaft (BDEW) und BWE gemeinsam mit einigen Umweltverbänden wie dem WWF „10 Punkte für den Ausbau der Windenergie“ veröffentlicht. Es ist ein erster Kompromissversuch zwischen den Extremforderungen des BWE und den Anforderungen einer naturverträglichen Energiewende. Der NABU erkennt in diesem Papier gute Ansätze, warnt aber, dass bei einigen für den Naturschutz kritischen Punkten Formulierungen gewählt wurden, die bei Naturschutzbelangen zu Kann-Vorschriften herabstufen. Für eine Unterstützung des NABU für einen Kompromiss auf dieser Basis wäre eine Klärung dieser kritischen und bisher interpretationsoffenen Punkte unbedingt erforderlich. **Artenschutz muss gesichert sein.** Es muss eine Lösung her, die ohne Änderungen des geltenden Rechts auskommt. Der Artenschutz muss gesichert werden,

damit eine deutliche Verbesserung der Genehmigungsfähigkeit von Planungen ausgeht. Das bedeutet aus Artenschutzsicht: Dieser setzt an der Möglichkeit der artenschutzrechtlichen Ausnahme-genehmigung an. Nur im Rahmen der Ausnahme ist es möglich, rechtlich von der Ebene des Individuums zu einer Betrachtung der gesamten betroffenen Population einer Art zu kommen. Damit diese Populationsbetrachtung jedoch nicht zum durch den BWE gewünschten Durchwinken von Fällen mit hoher individueller Tötungsgefahr dient, sondern zum tatsächlichen Sicherstellen eines guten Erhaltungszustands der betroffenen Population, muss die Genehmigung ei-

ner Ausnahme zwingend an deren guten beziehungsweise stabilen Erhaltungszustand gekoppelt sein. Dieser wäre über spezielle Artenschutzprogramme für die jeweils betroffene Art auf der relevanten Regionalplanungsebene sichergestellt werden und durch ein zugehöriges Monitoring nachzuweisen. Im Rahmen dieser Artenschutzprogramme können und sollten dann auch alle anderen Gefährdungsfaktoren wie zum Beispiel die Intensivierung der Landwirtschaft adressiert werden, damit eine Verschlechterung des Erhaltungszustands durch die Windenergie und ihre kumulativen Auswirkungen vermieden werden kann. www.nabu.de/news/2019/09/26918.html

IG Metall: Windkraft braucht Perspektiven

Mit der von der Bundesregierung geplanten Abstandsregelung von 1000 Metern zwischen Windrädern und Wohngebäuden werden die Klimaziele verfehlt. Um bis 2030 den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 65 Prozent zu erhöhen, wie es von der Politik beabsichtigt ist, muss die Windkraft an Land ausgebaut werden. Das setzt voraus, dass ausreichend Flächen zur Verfügung stehen. Mit dem geplanten Mindestabstand werden jedoch zwischen 20 und 50 Prozent der möglichen Flächen der Windenergie entzogen. Das gefährdet die Windindustrie in ihrer Substanz. Die Insolvenz von Senvion und die Krise bei Enercon machen den Handlungsbedarf deutlich. Es ist 5 vor 12. Zur Bewältigung der akuten Krise brauchen wir einen Strukturfonds, mit dem kurzfristig Hilfen für die regionale Zulieferindustrie finanziert werden können. Um die Beschäftigten in den Unternehmen zu halten und Entlassungen zu vermeiden, sollte das Kurzarbeitergeld länger gezahlt und mit Qualifizierung verbunden werden.“

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zur Krise in der Windindustrie <https://www.igmetall.de/presse/pressemitteilungen/wolfgang-lemb-zur-windindustrie>

Riexinger zur Krise des Windenergieausbaus

Der Windenergieausbau stagniert, Branchenverbände kritisieren die Bundesregierung. Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei Die Linke, dazu:

„Die Ausbaukrise bei der Windenergie ist ein weiteres Zeichen für die Unfähigkeit dieser Regierung, die Zukunft zu gestalten. Wir stehen ökonomisch und ökologisch vor gewaltigen Transformationen. Sie bieten die Chance, eine gerechtere Zukunft zu gestalten. Sie bieten aber auch das Risiko einer Klimakatastrophe, die zusätzlich zu einer gravierenden Verschärfung der sozialen Spaltung führen wird. Mit einer Regierung die www.die-linke.de/nc/start/presse/detail/riexinger-zur-krise-des-windenergieausbaus/

Klimapäckchen schnürt, die Windenergie blockiert und Arbeitsplätze nur in Industrien schützen will, die in ihrer jetzigen Form keine Zukunft haben, sind unsere Zukunftsaussichten finster. Wir brauchen einen linken Green New Deal, der sich den ökonomischen und ökologischen Anforderungen der Zukunft mit einem umfassenden Konzept stellt, statt nur hier und da ein wenig das Bestehende zu erhalten.“



www.youtube.com/watch?v=oOk7ori_ExE. Hochgeladen von: Die Linke, 17.3.2017

www.facebook.com/DieLinke.Niedersachsen/photos/a.300862826673346/2437486529677621/?type=3. Die Linke Nds., August 2019



Windkraftgegner distanzieren sich von AfD

Der Thüringer Wald steht zur Disposition. Teile davon sollen als Vorranggebiete für die Windkraft ausgewiesen werden. Dagegen gibt es heftigen Widerstand. Genau wie bei uns in Schleswig-Holstein gehen auch in Thüringen diverse Bürgerinitiativen gegen die Pläne vor. Die AfD in Thüringen hat dies offensichtlich als Potential erkannt, Wähler zusätzlich, außerhalb der ohnehin schon zahlreichen Anhänger aus der rechten Szene, für sich zu generieren. Augenscheinlich war sie damit erfolgreich. Wie ist es sonst zu erklären, dass diese Partei ihr Wahlergebnis, trotz eines Björn Höcke, ver-



doppeln konnte, die Grünen jedoch als Unterstützer der Windkraftpläne, entgegen des Bundestrends, man gerade so die Fünf-Prozent-Hürde geschafft haben. Es ist ein schleichender Prozess, der offenbar schon ziemlich weit vorangeschritten ist. Die AfD übernimmt unsere Argumente gegen den ungezügelten Ausbau der Windkraft und macht damit Wahlkampf. Es scheint viele aus den Bürgerinitiativen zu geben, die diesem Ansinnen auf den Leim gehen. Auf verschiedenen Plattformen bundesweit tummeln sich inzwischen Anhänger der rechten Szene, die unter dem Deckmantel „Anti-Windkraft“ scheinbar ungestört ihre menschenverachtenden, rassistischen Aussagen verbreiten, und erhalten dafür auch noch Zustimmung. Die zuständigen Administratoren der entsprechenden Seiten unternehmen so gut wie nichts dagegen. Damit wird der Anschein erweckt, dass alle Windkraftgegner und –kritiker Sympathisanten der AfD sind. Auch in unseren Reihen ist teilweise zu beobachten, dass zitierte Artikel oft ihren Ursprung in der rechten Szene haben. Wir sollten daher grundsätzlich jeden Beitrag, den wir teilen und verbreiten, auf dessen Ursprung untersuchen. Nach meiner Meinung wird viel zu wenig öffentlich propagiert, dass wir mit der AfD nichts gemeinsam haben, schon gar nicht mit den völkisch rassistischen Aussagen. Ich finde, es ist an der Zeit, dass von Seiten „Vernunftkraft“ eine entsprechende Erklärung abgegeben wird. Für unsere Bürgerinitiative haben wir es hiermit getan. www.bi-gegen-wka.de/Aktuelles/

Links wirkt: Hamburg bekommt Stadtteil-Gesundheitszentren

THORSTEN JANNOFF, ZUSAMMENGESTELLT AUS: WWW.LINKSFRAKTION-HAMBURG.DE/DIE-LINKE-IN-DER-BÜRGERSCHAFT-STADTTEILGESUNDHEITZENTREN/

Wer arm ist lebt kürzer. Ob es die Sorgen um den Arbeitsplatz sind, die Menschen krank machen, ungesünderes Essen vom Discounter oder Suchtprobleme: Gesundheit ist nicht einfach eine Frage von individuellem Verhalten, sondern von sozialer Ungleichheit. Zudem ist die ärztliche Versorgung in ärmeren Stadtteilen deutlich schlechter als in Gebieten mit hohem Durchschnittseinkommen. Interdisziplinäre Stadtteilgesundheitszentren wie die Poliklinik auf der Veddel setzen hier an. Neben Ärzt_innen bieten sie Rechtsberatung, soziale Arbeit und Psycholog_innen an. In der Bürgerschaftssitzung am Mittwoch, dem 20. November haben wir beantragt: Hamburg soll öffentlich-rechtliche Gesundheitszentren aufbauen. Der rot-grüne Senat hat im Vorfeld unser Anliegen aufgegriffen und die Einrichtung von sieben lokalen Gesundheitszentren verkündet. Dazu erklärt Deniz Celik, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion:

„Zur nachhaltigen Bekämpfung der gesundheitlichen Ungleichheit haben wir Stadtteil-Gesundheitszentren beantragt. Um die Gemeinwohlorientierung

sicherzustellen, war es uns wichtig, dass kommunale bzw. gemeinnützige Zentren entstehen. Außerdem war es uns wichtig, dass gegen die Ungleichverteilung der Ärzte in Zukunft eine kleinräumige Planung erfolgt. Unser Antrag hat bewirkt, dass der Senat den Aufbau von sieben Gesundheitszentren in Hamburg angekündigt hat. Das ist ein erfreulicher Schritt in die richtige Richtung und zeigt, dass unsere Oppositionsarbeit wirkt.

Jedoch ist es für uns nicht nachvollziehbar, weshalb unser Antrag nicht zur fachlichen Beratung in den Ausschuss überwiesen, sondern direkt abgelehnt wurde. Zwar hat der Senat in seiner Pressemitteilung Eckpunkte genannt, aber viele Fragen sind immer noch ungeklärt. 100 000 Euro Förderung je Zentrum ist alles andere als eine auskömmliche Finanzierung. Damit besteht die Gefahr, dass sich keine Träger finden werden. Deshalb fordern wir eine Aufstockung der Förderung sowie eine kommunale Trägerschaft, falls sich keine gemeinnützigen Träger_innen finden. Außerdem wünschen wir uns, dass Ärzte aus verschiedenen Fachrichtungen (Haus-,



Kinder-, Frauenärzte) interdisziplinär zusammenarbeiten. Der Senat spricht lediglich von Haus- oder/und Kinderärzten. Kinder- und Hausärzte sind aber keine Alternative zueinander. In den Zentren muss es mindestens beide Arztgruppen geben.

Außerdem ist es unverständlich, weshalb der Senat die Standorte von den Trägern abhängig macht. Die Zentren müssen dort aufgebaut werden, wo der Bedarf am größten ist. Hierfür brauchen wir auch eine aktualisierte Berichterstattung über Morbiditätsraten und Sozialindikatoren. Und für eine gerechtere Verteilung der Ärzte und zusätzliche Arztsitze in unterversorgten Stadtteilen ist eine kleinräumige Bedarfsplanung unabdingbar. Es ist auch eine Folge der Zwei-Klassen-Medizin, dass Ärzte sich ungern in einkommensschwachen Stadtteilen niederlassen. Weshalb Hamburg auf das Instrument der kleinräumigen Planung verzichtet, ist unverständlich. Das hätten wir gerne im Ausschuss diskutiert.“

Köln: Städtische Kliniken in kommunale Hand! – Standort Holweide bleibt!

Der Kölner Stadtrat beauftragte mit den Stimmen von CDU, Grüne, FDP und GUT Oberbürgermeisterin Reker, Verhandlungen mit dem Land NRW über ein Stiftungsmodell mit der Uniklinik Köln aufzunehmen. Faktisch würde damit der kommunale Zugriff auf die Städtischen Kliniken aufgegeben und in einer Anstalt des öffentlichen Rechts die Beherrschung auf die Uniklinik übergehen. Die Linke und SPD setzten einen eigenen Antrag dagegen. CDU und Grüne mussten Zugeständnisse eingehen. So soll der Standort Holweide erhalten bleiben. Jetzt muss die Frage der Finanzierung geklärt werden. Wir dokumentieren aus der Rede von Jörg Detjen.

Jörg Detjen: Seit Jahrzehnten entzieht sich das Land NRW, ob mit Rot-Grün oder mit Schwarz-Gelb, einer auskömmlichen Finanzierung der kommunalen Krankenhäuser. Es ist erbärmlich, dass die Uniklinik allein bei Bauinvestitionen im Durchschnitt 19-mal mehr bekommt als die Städtischen Kliniken.

Und wenn wir uns die Planungen des Wissenschaftsrats für die Förderungen der Unikliniken in NRW ansehen, sollen die Gelder nach Bielefeld und Bochum fließen.

Gleichzeitig arbeitet das Land an einem neuen Krankenhausplan. Dort sollen drastisch Betten abgebaut werden. Das heißt, für den Bettenabbau werden wir vielleicht einmal einen Geldbetrag

erhalten. Aber wir brauchen langfristig Einnahmen für den Betrieb der Städtischen Kliniken. (...)

Deshalb sagt Die Linke und die SPD in ihrem Antrag: Lasst uns gemeinsam um Landeszuschüsse kämpfen. Wir sind gerne bereit, mit Ihnen in Düsseldorf zu demonstrieren. Gemeinsam mit den Kölnerinnen und Kölner sollten wir für unsere drei Bürgerkrankenhäuser in Holweide, Merheim und in der Amsterdamer Straße eintreten.

Wir brauchen jetzt ein Investitionsprogramm des Kölner Stadtrates für den Umbau dieser drei Standorte. Wir können nicht monatelang warten, bis wir aus Düsseldorf eine negative Meldung bekommen.

Ein Neubau in Holweide für ein kleines Krankenhaus mit Ambulanzzentrum ist ein Zukunftsprojekt, um das wir jetzt kämpfen müssen, mit Landesmitteln und mit eigenen Mitteln. Wenn Betten abgebaut werden sollen, warum interessiert sich die Uniklinik so für die Städtischen Kliniken? Das kann ich ihnen sagen.

Es geht in diesem Geschäft um nichts anderes als die Patientendaten. Mit mehr Patientendaten kann die Uniklinik mehr Forschungsgelder ergattern.

Und dass alles auf Kosten der Kölnerinnen und Kölner. Denn bei diesem Deal, bei diesem Stiftungsmodell, geben CDU, FDP und Grüne die Grundversorgung in der Gesundheitsversorgung aus der kommunalen Hand und in die komplette Steuerung der Uniklinik. Das wollen wir nicht!

Deshalb treten wir mit unserem Antrag für Kooperationen und Zusammenarbeit von Kliniken im Rheinland ein. Jetzt brauchen wir ein Investitionsprogramm, damit das Sanierungskonzept überhaupt greifen kann.

DUK Antrag: Hamburg nur sozial – Gute Gesundheitsversorgung für alle mit Stadtteilgesundheitszentren

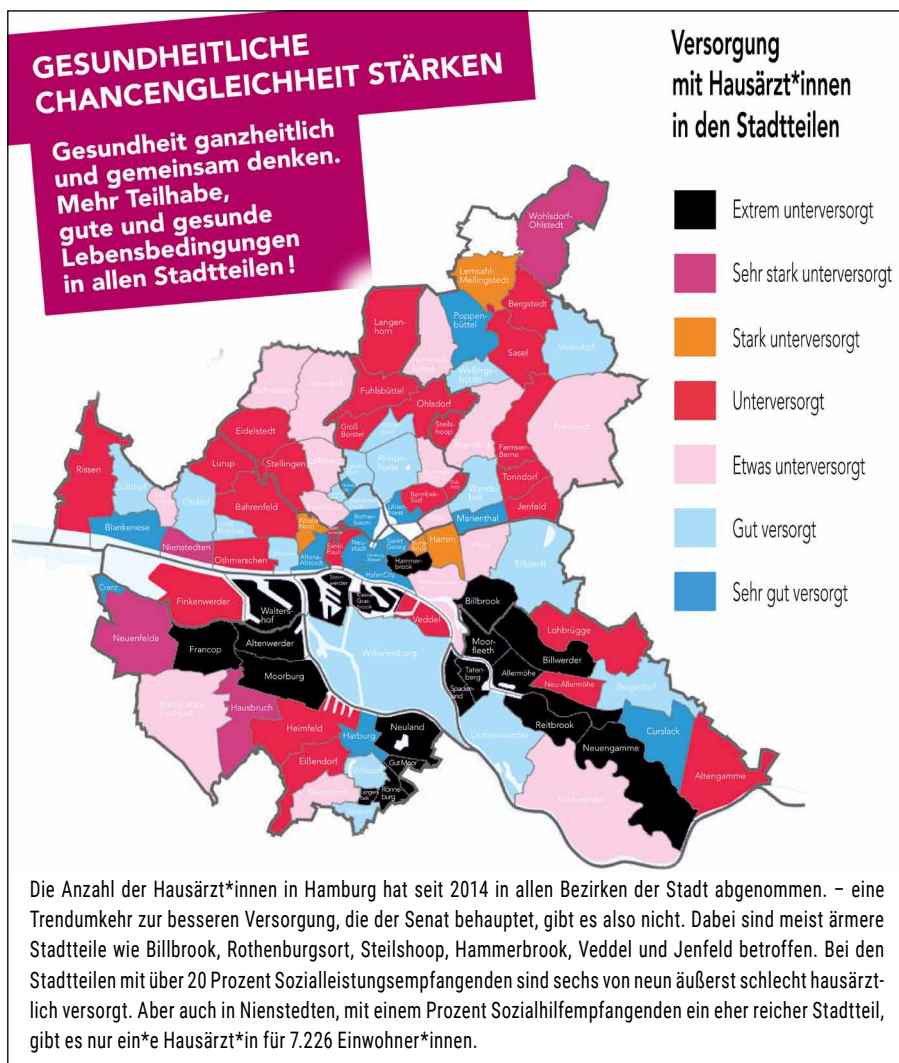
Die soziale Spaltung der Stadt zeigt sich auch und ganz besonders bei der Gesundheitsversorgung und darin, wie alt wir werden. Die Lebenserwartung armer Menschen ist gegenüber reichen Menschen bis zu zehn Jahre geringer. Gerade Kinder sind in Hamburg von Armut in besonderem Maße betroffen. 21,7 Prozent der Hamburger Kinder sind arm. Das bedeutet, sie sind im Vergleich zu erwachsenen Hamburgern/-innen häufiger von Armut betroffen und sie sind auch häufiger von Armut betroffen als im Bundesdurchschnitt.

Krankheit und Armut hängen eng zusammen. Ein geringes Einkommen, eine niedrige Schulbildung, schlechte Wohnverhältnisse, Diskriminierungserfahrungen und Umweltfaktoren machen krank. Der Hamburger Morbiditätsatlas aus dem Jahr 2013 belegt das für Hamburg. In den ärmsten Stadtteilen herrscht auch häufig eine hohe Krankheitslast, das heißt Morbidität. Die Krankheitsbelastung ist in den ärmeren Stadtteilen deutlich höher als in den reicheren.

Diese soziale Spaltung wird dadurch verschärft, dass wir auch eine Ungleichverteilung in der haus- und kinderärztlichen Versorgung haben. In der Tendenz sind die Stadtteile mit den reichsten und gesündesten Bewohnern/-innen am besten mit Arztpraxen versorgt und die Stadtteile mit den kränksten und ärmsten Einwohnern/-innen am schlechtesten haus- und kinderärztlich versorgt. Das hat unsere jüngste Große Anfrage zur ambulanten Versorgung ergeben (Drs. 21/18328). Hamburg kann und muss hier an mehreren Stellen ansetzen:

1. Aufbau von gemeinnützigen oder öffentlich-rechtlichen Stadtteilgesundheitszentren.
2. Entsprechende kleinräumigere Bedarfsplanung, die auch die Faktoren Morbidität, Alter und Geschlecht mit einbezieht. Hier können bis 1.1.2020 neue Bedarfsplanungsinstrumente entwickelt werden.
3. Regelmäßige Aktualisierung des Hamburger Morbiditätsatlas.

Gesundheitsversorgung sollte insgesamt nicht erst ansetzen, wenn die Menschen schon erkrankt sind, sondern präventiv gedacht werden. Gesellschaftlich krank machende Faktoren können nur mit einem ganzheitlicheren Konzept behoben werden. Der Aufbau von gemeinnützigen oder öffentlich-rechtlichen, barrierefreien und interdisziplinären Stadtteilgesundheitszentren in den Stadtteilen mit zu geringer ärztlicher Versorgung, hoher Krankheitslast und hoher Armut könnte den Rechnung tragen. Wichtige Bestandteile eines interdisziplinären



nären Gesundheitszentrums sind neben einer/einem Haus-, Kinderarzt/-ärztin, einer Gynäkologin/einem Gynäkologen auch eine Sozial- und Rechtsberatung, eine psychologische Beratung sowie am Gemeinwesen orientierte Präventionsprojekte, um besonders chronisch kranke Menschen besser versorgen zu können. In ärmeren Stadtteilen mit höherer Krankheitsbelastung besteht auch oft ein größerer gesundheitlicher Beratungsbedarf, der mit einem solch Drucksache 21/18952 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 21. Wahlperiode 2 interdisziplinären Ansatz besser aufgefangen werden könnte. Aber auch die Vernetzung und Einbeziehung mit anderen Gesundheitsversorgungsanbietern/-innen wie zum Beispiel Hebammen, Pflegekräften oder Physiotherapeuten/-innen wäre zielführender für eine bessere Versorgung. (...).

Die Bürgerschaft möge deshalb beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. ein Konzept für den Aufbau von interdisziplinären, barrierefreien Gesundheitszentren in gemeinnütziger oder öffentlich-rechtlicher Trägerschaft in

den Stadtteilen beziehungsweise Stadtteilclustern mit hoher Morbidität, hoher sozialer Belastung und einem Mangel an haus- und kinderärztlicher sowie psychotherapeutischer Versorgung zu erarbeiten,

2. im Rahmen der Landeskongress Versorgung und in anderen Gremien darauf hinzuwirken, dass Hamburg aufgrund sozioökonomischer und Morbiditätsfaktoren in kleinräumigere Versorgungsgebiete aufgeteilt wird und die Bedarfsplanung durch die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg entsprechend angepasst wird,

3. eine Aufhebung der Zulassungsbeschränkung von Arzt-/Ärztinnensitzen nach § 103 Absatz 2 SGB V in Gebieten mit Mangel an haus-, kinder- oder fachärztlicher Versorgung zu prüfen und auf die Aufhebung der Zulassungsbeschränkung in diesen Gebieten hinzuwirken,

4. alle fünf Jahre die Morbidität wie im Morbiditätsatlas von 2013 für alle Stadtteile zu veröffentlichen und die finanziellen und personellen Mittel dafür zur Verfügung stellen,

5. der Bürgerschaft bis zum 30. April 2020 zu berichten.

Die Wertschätzung des Pflegeberufs muss endlich erhöht werden:

STUTTGART. Der zunehmende Personal-mangel in unseren Krankenhäusern ist seit vielen Jahren bekannt. Eine restriktive Investitionskostenfinanzierung, unzureichende Deckung der Betriebskosten durch die Fallpauschalen (DRGs) sowie eine geringe Entlohnung vor allem im Pflege- und Funktionsdienst hat zu kritischen Zuständen in den Kliniken geführt. Um die gefährliche Versorgungssituation für Patient*innen zu verbessern, ist es unbedingt notwendig, die Attraktivität und Wertschätzung des Pflegeberufs zu erhöhen. Daher unterstützen wir die Forderungen der betrieblichen Interessenvertretungen (BIV) zu einer höheren tariflich geregelten Vergütung. Die BIV mahnen eine Erhöhung der Grundgehälter der Pflegefachpersonen um 500 Euro an und fordern, für die besondere Belastung durch hohe Lebenshaltungskosten in Ballungszentren, eine Ballungsraumzulage z.B. nach dem Vorbild der Stadt München.

www.stuttgart.die-linke-bw.de

Koalition zieht subjektives Sicherheitsgefühl echten Rettungskräften vor:

OFFENBACH. Zu den Sparplänen der Offenbacher Kämmerei beim Rettungsdienst erklärt der Stadtverordnete Sven Malsy: „Wir lehnen die Streichung von fünf von sechs Planstellen im Rettungsdienst und die gleichzeitige Schaffung von elf Stellen bei der Stadtpolizei im neuen Haushalt für 2019 ab. Die Linke hält die von der Koalition gesetzten Prioritäten für vollkommen falsch. Wenn wir uns schon dem Spardiktat des Regierungspräsidiums unterwerfen, was Die Linke entschieden ablehnt, dann sollten wir doch zumindest nicht an der Besatzung unserer Rettungswagen und Löschzüge sparen. Der an die Vorgaben der Kommunalaufsicht angepasste Stellenplan sieht jedoch genau dies vor. Es fallen fünf neue Stellen, die nach dem Bedarfs- und Entwicklungsplan nötig wären, ersatzlos weg. Die Stadtpolizei wird jedoch weiter massiv vergrößert, ohne dass ein gesteigerter Bedarf überhaupt nachgewiesen werden kann. Es müsste eigentlich genau andersherum sein: Wir brauchen einen Rettungsdienst, der dem Bevölkerungswachstum der Stadt entspricht und Menschen effektiv das Leben rettet und keine zusätzlichen Patrouillen auf der Straße, die höchstens das subjektive Sicherheitsgefühl einiger

Offenbacher*innen erhöhen.“
www.die-linke-of-stadt.de

Ja zur Klinik-Offensive: Krankenhäuser brauchen mehr Geld!

BERLIN. Zur Kundgebung des Bündnisses „Klinik-Offensive“ erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion Berlin Dr. Wolfgang Albers: Ja, es braucht endlich eine politische Klinik-Offensive in dieser Stadt, und ja, die Krankenhäuser dieser Stadt brauchen mehr öffentliche Investitionsmittel. Und die brauchen sie nicht, um ihre Pausenräume zu schmücken, sondern die benötigen sie, um dauerhaft die medizinische Versorgung der Berlinerinnen und Berliner auf hohem Niveau und mit modernster Ausstattung zu garantieren. Es macht keinen Sinn, Visionen über eine Gesundheitsstadt Berlin 2030 zu entwickeln, solange in vielen Häusern das Geld selbst für die notwendigen Sanierungen fehlt. Die Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Trendwende in der Krankenhausfinanzierung angekündigt. Wir sind auf dem Weg, diese umzusetzen. Jahrelang wurde stillschweigend geduldet, dass aus den Geldern, die die Krankenkassen eigentlich für die Versorgung der Patientinnen und Patienten zahlten, sogenannte „Eigenmittel“ zweckentfremdet wurden, um damit die fehlenden öffentlichen Investitionen zu kompensieren. Die Kliniken waren politisch sogar aufgefordert, solche „Eigenmittel“ über die Quersubventionierung aus Kassengeldern zu requirieren.



ren. Um 40 Millionen Euro aus den öffentlichen SIWA-Mitteln zu bekommen, musste das landeseigene Unternehmen Vivantes zum Beispiel 34 Millionen Euro an „Eigenmitteln“ aufbringen. Diese „Eigenmittel“ stammten in der Regel aus Personaleinsparungen in der Pflege und aus Tarifabsenkungen über Ausgründungen in Tochtergesellschaften, die politisch gewollt waren. Die Rot-Rot-Grüne Koalition will solche Ausgründungen zurückholen, will wieder für mehr Pflegepersonal auf den Stationen sorgen und gleichzeitig die Zweckentfremdung der Krankenkassengelder beenden.

www.linksfraktion.berlin

Ziehen wir es durch! Einführung von Drug-Checking:

BERLIN. Tanzen,

trinken und mal ein Teil schmeißen – in der Berliner Partyszene längst keine Ausnahme mehr. Die r2g-Koalition hat sich vorgenommen, die drogenpolitische Situation in Berlin zu verbessern und Maßnahmen zu verwirklichen, welche die gesundheitlichen Risiken von Drogenkonsum vermindern. Darunter auch die Einführung von sogenannten Drug-Checking-Projekten. Beim Drug-Checking können Konsumierende die Zusammensetzung ihrer Substanzen auf Verunreinigungen testen lassen. Nun liegt ein Konzept von den drei Trägern Fixpunkt, Vista und der Schwulenberatung vor. Ein Modellprojekt für legales Drug-Checking soll starten – das erste Projekt hierzulande. Wir wollen mit Expert*innen aus Beratungsstellen, der Politik und der Clubszene diskutieren, wie weit wir in Berlin auf dem Weg zu einer modernen Drogenpolitik sind, welche Weichen noch gestellt werden müssen und wie die Chancen für Drug-Checking-Angebote in Berlin, speziell in der Clubszene, stehen.

Mehr Infos zu linker Drogenpolitik in Berlin gibt es hier: www.drogenpolitik.dielinke.berlin/

Anonyme Gesundheitskarte auch für papierlose Menschen:

BREMEN. Das Recht auf Gesundheitsversorgung ist ein Grundrecht und essenzieller Teil des Sozialstaats, das jedem Menschen zusteht. In der Realität genießen jedoch all diejenigen dieses Recht nicht, die nicht sozialversichert sind bzw. keinen Aufenthaltsstatus innehaben. Dank vielen Ehrenamtlichen und der dafür eingerichteten und vom Senat finanzierten Humanitären Sprechstunden in Bremen und Bremerhaven wird eine gesundheitliche Grundversorgung gewährleistet, die aber bisher nicht im vollen Umfang das Recht auf Gesundheit garantieren kann. Diese Lücke in der gesundheitlichen Versorgung papierloser Menschen wird die Koalition nun angehen. Sofia Leonidakis, Fraktionsvorsitzende und fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, beschreibt das Vorhaben: „Bremen wird im Bereich der Gesundheitsversorgung Geflüchteter eine Pionierrolle zugeschrieben. Das 1993 gestartete ‚Bremer Modell‘ sieht vor, dass Asylbewerber*innen und geduldete Personen eine AOK-Gesundheitskarte erhalten. Dadurch können die Abrechnungen mit den ärztlichen Praxen unkompliziert und ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand ablaufen und die Patient*innen sind angemessen versorgt. Dieses Modell hat sich absolut bewährt. Papierlosen Menschen wird bislang durch die Humanitäre Sprechstunde eine Gesundheitsversorgung angeboten, die aber bisher nicht alle fachärztlichen Berei-

che abdecken kann. Unser Ziel ist daher, die positiven Erfahrungen mit dem ‚Bremer Modell‘ auch für die rund 4000 papierlosen Menschen, darunter auch Kinder und Schwerkranke, in Bremen nutzbar zu machen, damit ihnen eine umfassende gesundheitliche Versorgung zur Verfügung steht. Eine anonymisierte Gesundheitskarte für Menschen ohne Aufenthaltsstatus wäre ein Novum in der Bundesrepublik, um allen Menschen ein umfassendes Recht auf Gesundheit zu gewähren.“

www.dielinke-bremen.de

Die Linke: Drogenmobil ist eine sinnvolle Maßnahme.

LÜBECK. Andreas Müller, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion in der Lübecker Bürgerschaft, begrüßt die Entscheidung des Sozialausschusses für ein Drogenmobil. Vor drei Wochen hat der Bürgermeister angekündigt, den Treffpunkt der Drogenszene am Krähenteich aufzulösen und eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Hansestadt und Polizei zu schließen. Am Dienstagabend hat nun der Sozialausschuss wirklich sinnvolle Maßnahmen für die Drogenpolitik in Lübeck beschlossen. „Nach einem Jahr interfraktioneller Zusammenarbeit wird es ab dem 1.1.2020 mehr und mobilere Drogenberatung geben. Die AWO bekommt zwei Stellen mehr und übernimmt die Trägerschaft für ein Drogenmobil. Diese Maßnahmen helfen den Menschen mit Drogenproblemen in Lübeck mehr als zehn neue Stellen im Ordnungsdienst. Insgesamt wird die Stadt im kommenden Jahr ca. 250 000 Euro für die sozialpolitische Lösung des Problems in die Hand nehmen“, sagt Andreas Müller, sozialpolitischer Sprecher der Linken.

www.die-linke-luebeck.de

Kinder- und Geburtsstation am Krankenhaus PARCHIM sichern:

SPD und CDU lehnen konkrete Vorschläge der Linksfraktion ab. SCHWERIN. Zum Antrag der Linksfraktion „Gesundheit darf keine Ware sein – Kinder- und Geburtsstationen erhalten“ in Verbindung mit dem Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und Linksfraktion „Pädiatrische Versorgung und Geburtshilfe in Parchim sichern“ erklären die kinder- und jugendpolitische Sprecherin Jacqueline Bernhardt und der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Koplin: „Wir freuen uns, dass auch die Fraktionen von SPD und CDU erkannt haben, dass die pädiatrische Versorgung und Geburtshilfe in Parchim gesichert werden muss. Meine Fraktion bleibt allerdings nicht bei Absichtserklärungen stehen, sondern fordert konkrete Schritte, Kinder- und Geburtsstationen zu

erhalten. Wir schlagen u. a. die Bildung eines Ärztepools unter dem Dach der Krankenhausgesellschaft vor. In diesem Pool könnten etwa pensionierte Mediziner gelistet werden, die bei Bedarf vorübergehend aushelfen könnten ... Wir schlagen vor, die Kinder- und Jugendmedizin vom DRG-Vergütungssystem abzukoppeln und für sie eine Selbstkostenerstattung einzuführen. Leider fand dies heute keine Mehrheit, so dass die strukturellen Probleme weiter erhalten bleiben.“

www.die-linke-schwerin.de

Hände weg vom Marienhospital.

MÄRKISCHER KREIS. Die Kreistagsfraktion Die Linke. spricht sich energisch gegen die geplante Schließung des Marienhospitals in Letmathe aus. Durch die geplante Aufgabe des Teilstandes der Märkische Kliniken GmbH wird die Krankenhauslandschaft in der Region weiter ausgedünnt. Das bedeutet weitere Wege für Patienten und Beschäftigte. Die Wurzeln für die Probleme kleiner Klinikstandorte liegen jedoch zu einem großen Teil in der Bundes- und Landespolitik von CDU, SPD und FDP. Einerseits steigen beispielsweise durch die Digitalisierung die Anforderungen an Krankenhäuser. Andererseits wird die kommunale Seite zum Großteil mit Investitionen allein gelassen. Der Instandhaltungstau bei den Krankenhäusern in NRW wird auf rund 12,5 Mrd. Euro beziffert. „Der Skandal ist, dass Bund und Land

aus dem Krankenhaus-Strukturfonds nur dann Millionensummen an die Kommunen auszahlen, wenn die Krankenhäuser geschlossen werden“, so Manuel Huff, Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Kreistag. Die durch CDU, SPD und FDP gesetzten politischen Rahmenbedingungen haben ein konkretes Ziel: kleine Krankenhäuser zu schließen. Zum sogenannten Umbau der Krankenhauslandschaft werden bis zu 90% der Schließungskosten erstattet.

www.dielinke-maerkischer-kreis.de

Schließung der Notdienstpraxis in

RHEINBERG: Seit 14 Jahren ist die Notdienstpraxis im DRK-Zentrum am Melkweg in Rheinberg eine tragende Säule für die Versorgung von Notfallpatienten aus Kamp-Lintfort, Rheinberg und Alpen. Jetzt hat die Gesundheitsmanagementgesellschaft der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein den laufenden Vertrag zum März nächsten Jahres gekündigt. Der Fraktionsvorsitzende der Linken im Stadtrat Rheinberg, Klaus Overmeyer,

dazu: „Die Entwicklungen der letzten Jahre und der hieraus resultierende unerträgliche Zustand von Teilbereichen unseres Gesundheitssystems haben doch längst bewiesen, dass rein marktorientierte Strukturen im Gesundheitswesen nichts zu suchen haben. Der langjährige Erfolg der Praxis zeigt doch wie nötig sie insbesondere für immobile Menschen ist, welche auf eine nahe Notfallversorgung angewiesen sind.“

www.dielinke-kreiswesel.de

Werben bis der Arzt kommt?

CUXHAVEN. Woran liegt es, dass es keine Hausärztin und keinen Hausarzt auf das Land zieht? Hintergrund: Im Nordkreis (Wurster Nordseeküste und Geestland) sind 77,1 Prozent der Hausarzt-Stellen besetzt. Im Südkreis Cuxhaven (Schiffdorf, Loxstedt, Hagen und Beverstedt) liegt die Versorgung mit Hausärzten z. Z. bei 76,7 Prozent. Sollten hier die Hausarztstellen unter 75 Prozent fallen, spricht man von einer Unterversorgung. Cornelia Buttler, Vorsitzende Der Linken im Kreis Cuxhaven, hierzu: „Es liegt mit Sicherheit nicht nur an den ländlichen Strukturen (weite Wege zum Patienten – schlecht bezahlt!) sondern am starken Abbau des Gesundheitssystems ... Ein Arzt hat mindestens eine 60-Stunden-Woche. Es wird von den Krankenkassen ein Budget auferlegt – von dem der Arzt am Ende des Monats nicht einmal wissen kann wie viel übrig bleibt. Er bekommt pro Patient und Behandlung circa 35 Euro im Quartal, egal

wie oft der Patient zu ihm in die Praxis kommt. Ist der Patient chronisch krank und muss den Arzt öfter aufsuchen – arbeitet dieser ohne Bezahlung. Hierzu die ständige Angst vor Regress im Nacken. Regress bedeutet: Er hat zu vielen Menschen geholfen (wozu er eigentlich verpflichtet ist!) und

muss Strafe zahlen.“ Buttler abschließend: „Dieser Auszug von Fakten zeigt: Ein Arzt kann nicht selbst entscheiden, was Patienten brauchen bzw. was helfen würde. Er muss ständig die Kosten im Auge behalten, ansonsten tappt er in die Regress-Falle. Somit ist ein Arzt faktisch ein Angestellter der Krankenkassen bzw. der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN)! Kurz: Gesundheit ist zur Ware geworden. Es geht lediglich um Kostenreduzierung! Wie soll ein Arzt das mit seinem Gewissen vereinbaren können? Die Linke fordert: Weg mit der Budgetierung und somit Aufhebung von Regresszahlungen – dann wird für junge Mediziner das „flache Land“ sicherlich attraktiver.“

www.dielinke-cuxhaven.de



Menschenrechte im Betrieb

ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Mit der Proklamation der Menschenrechte wurden unveräußerliche (oft genug verletzte und missachtete) Rechte des Einzelnen gegenüber dem Staat deklariert. Die Welt der Arbeit blieb diesen Rechten lange verschlossen. Rechte wurden in dieser Welt wesentlich kollektiv durch Tarifverträge und mittels gesetzlicher Einschränkungen der unternehmerischen Verfügungsgewalt erkämpft und etabliert. Langfristig kann aber auch eine Art lebensweltlicher Öffnung der Betriebe (Tarifverträge) festgestellt werden. Weiterbildungsansprüche (Lebenslanges Lernen), Work-life-balance oder Auszeiten mit Rückkehrrechten gehören als materielle Bestände hierzu. Individualrechte blieben in der Arbeitswelt, wie man so schön sagt, unterbelichtet.

Gleichwohl gibt es aber auch eine längere Entwicklung zur Durchsetzung der individuellen Menschenrechte im Wirtschaftsleben. Freiwillige Regulierung stehen dabei am Anfang und im Zentrum. Oft genug wurden und werden Unternehmen dabei überführt, Bekenntnisse zu den Menschenrechten im Betrieb nur als Lippenbekenntnisse vor sich herzutragen. Schönfärberei ist verbreitet. Dennoch ist ausgehend von der Verabschiedung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (2011) eine Bewegung entstanden, die diesem Bereich Aufmerksamkeit widmet, zur öffentlichen Meinungsbildung beiträgt und auch rechtliche Erfolge aufweisen kann. Hier ist eine Verschiebung von der freiwilligen Vereinbarung hin zu gesetzlichen Vorgaben zu beobachten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine Studie herausgegeben, die bestehende Regelungen aus verschie-



Klare Botschaft: ein gesetzlicher Rahmen muss her!. Initiative Lieferkettengesetz

denen Ländern/Kontinenten und der EU (Holzhandelsverordnung) vergleicht.

In Auszügen dokumentieren wir hier einen Artikel aus dem DGB Nachrichtendienst, der die Studie beschreibt. Gesetzliche Vorgaben auch mit einem extraterritorialen Geltungsbereich (für in- und ausländische Firmen) sind schon in den Leitprinzipien der UN ausdrücklich vorgesehen und bilden den Bezugspunkt für viele Initiativen, die sich heute für einen gesetzlichen Rahmen einsetzen. Die Vereinheitlichung wäre sowohl aus Sicht der Beschäftigteninteressen nach einer allgemeinen Anerkennung der Menschenrechte in Arbeitsvollzügen als auch von Unternehmensseite, die ansonsten mit unterschiedlichen Ansätzen, Berichtspflichten und Verfahren konfrontiert sind, mittelfristig wünschenswert.

Auch in der Bundesrepublik hat sich eine Initiative Lieferkettengesetz gebildet, die ein breites, zivilgesellschaftli-

Link zur Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/15675.pdf>
Leitprinzipien der UN / Guiding Principles on Business and Human Rights (nur Englisch): https://www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR_EN.pdf

ches Bündnis aus Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen abbildet. Ziel ist, dass die Bundesregierung ein Gesetz zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten der Unternehmen beschliesst, dass die Unternehmen verpflichten soll, Menschenrechte in ihrer gesamten Lieferkette einzuhalten und darüber regelmäßig zu berichten.

Es dürfte für die weitere Diskussion und die Durchsetzung der Menschenrechte in der Arbeitswelt wichtig sein, eine Fokussierung auf diese Rechte durchzuhalten, um wirksam in die öffentliche Meinung einzuwirken und bündnisfähig zu bleiben. Ein aktuell im EGB diskutierter Vorschlag für eine gesetzliche Regelung auch auf europäischer Ebene hat die Tendenz, mit diesem Instrument weitgehende Fragen der industriellen Arbeitsbeziehungen regulieren zu wollen und damit zu überlasten.

DOI Unternehmen und Menschenrechte – Studie zu Sorgfaltspflicht-Gesetzen im Vergleich



Wie können wir Unternehmen per Gesetz dazu zu verpflichten, entlang ihrer Lieferketten für die Achtung der Menschenrechte zu sorgen? Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich mit dieser Frage beschäftigt und elf Lieferkettengesetze aus sieben Ländern sowie auf europäischer Ebene unter die Lupe genommen.

Jeder Staat hat die Pflicht, die Menschenrechte innerhalb seiner Einflussphäre zu schützen. In Zeiten einer global vernetzten Welt, in der das Kapital immer grenzenloser und mächtiger unterwegs ist und in der transnationale Unternehmen über riesige Produktionsnetzwerke verfügen, wird der Nationalstaat beim Menschenrechtsschutz zunehmend herausgefordert. Diese Schutzlücke versuchten die Vereinten Nationen (UN) im Jahr 2011 dadurch zu schließen, dass sie

– rechtlich unverbindliche – Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte formulierten.

Was genau steht im Nationalen Aktionsplan? Die Bundesregierung formuliert in ihrem NAP (Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte – rog) die Erwartung an alle Unternehmen, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in ihren Geschäftsprozessen zu implementieren, um dem Ziel nachhaltiger Lieferketten näher zu

kommen – und damit bessere Arbeitsbedingungen in einer globalisierten Welt zu schaffen, u.a. durch existenzsichernde Löhne und eine Stärkung von Gewerkschaftsrechten. Bis zum Jahr 2020 soll untersucht werden, ob 50 % der Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten menschenrechtliche Sorgfaltsprozesse eingeführt haben. Sollte dies nicht der Fall sein, behält sich die Bundesregierung vor, eine Verpflichtung per Gesetz einzuführen. Parallel zum Prozess der Bundesregierung sind andere Länder in den letzten Jahren gesetzgeberisch tätig geworden, um ihre Rechtssysteme einer globalisierten Welt anzupassen. Dabei scheuen andere Gesetzgeber nicht vor extraterritorialen Ansätzen zurück: Nicht nur betreffen die Gesetze ausländische

Sachverhalte, sie gelten zudem vielfach sowohl für in- als auch für ausländische Unternehmen.

Andere Länder, andere gesetzliche Lösungen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in ihrer kürzlich erschienenen Studie („Unternehmen und Menschenrechte – gesetzliche Verpflichtungen zur Sorgfalt im weltweiten Vergleich“) elf weltweite Regulierungsansätze in sieben Ländern und der EU untersucht, die alle das Thema der nachhaltigen Lieferketten in den Blick nehmen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass bisherige Regulierungsansätze von Staaten im Alleingang verabschiedet wurden. Diese gelten jedoch häufig auch für ausländische Unternehmen, die in einem Staat ansässig sind, Geschäfte treiben oder an der Börse notiert sind. Es zeichnet sich somit ein Trend dahingehend ab, dass rechtliche Maßnahmen überregional Anwendung finden. Dabei ähneln die inhaltlichen Anforderungen der Staaten einander und orientieren sich an den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, welche vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen 2011 einstimmig angenommen wurden.

Häufig beschränken sich Gesetzgeber auf thematische oder regionale Sorgfaltspflichten. Dabei können unterschiedliche Formen von Menschenrechtsverletzungen (Verbot von Kinderarbeit in den Niederlanden, Verbot von Formen moderner Sklaverei in England etc.) oder bestimmte Weltregionen (Dodd Frank Consumer Act, USA) adressiert werden.

Gesetze für faire Lieferketten – besser mit Gewerkschaftsbeteiligung! Insbesondere die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften spielen eine entscheidende Rolle. Je stärker sie als Akteure bei der Gesetzgebung eingebunden waren, desto praxistauglicher wurden die Gesetze. Dabei wurde beispielsweise die Konkretisierung gesetzlicher Vorgaben sogenannten Multi-Akteurs-Partnerschaften (multi stakeholder partnerships) überlassen, um die menschenrechtlichen Sorgfaltsprozesse aus praktischer Perspektive zu spezifizieren (wie bspw. in den Niederlanden). Zudem ist es wichtig, die Perspektive der Menschen zu berücksichtigen, um deren Schutz es letztendlich geht. Internationale Prozesse sind besonders kostspielig und oft tragen die betroffenen Menschen die Beweislast vor Gericht. Da sie jedoch in der Regel keinen Zugang zu den betrieblichen Dokumentationen haben, bleiben die Betroffenen meist schutzlos. Dies sollte bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen berücksichtigt und gelöst werden.

www.dgb.de/themen/++co++21994642-00a8-11ea-9b68-52540088cada

Bundesweiter Mindestlohn im Steinmetzhandwerk in Kraft getreten

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat am 25.2. 2019 den allgemeinverbindlichen Mindestlohn im Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk beschlossen. Dieser ist am 5.11. rückwirkend zum

1.5.2019 in Kraft getreten. Er beträgt 11,85 und erhöht sich zum 1. Mai 2020 auf 12,20 pro Stunde. Gültigkeit behält die Vereinbarung bis zum 30.4.2021.

www.igbau.de/Mindestlohn-Steinmetzhandwerk.html

„Kamikaze-Kurs mitten im Bau-Boom“: Arbeitgeber wollen „Bau-Mindestlohn Light“

Mindestlöhne auf dem Bau wackeln: Eine Einigung bei den Mindestlöhnen für die rund 820 000 Bau-Beschäftigten ist vorerst gescheitert ... Im schlimmsten Fall steht der Bau im kommenden Jahr ohne untere Lohngrenze für die Branche da. Dann würde der Stundenlohn beim gesetzlichen Mindestlohn von 9,36 Euro liegen ... Derzeit liegt die Lohnuntergrenze für Hilfsarbeiten auf dem Bau – der so genannte Mindestlohn 1 – bei bundesweit 12,20 Euro pro Stunde. Den höheren Mindestlohn 2 für Facharbeiten gibt es nur in den alten Bundesländern und in Berlin. Er beträgt derzeit 15,20 Euro (Berlin: 15,05

Euro). Die IG BAU fordert eine Anhebung dieser Mindestlöhne. Außerdem soll der Mindestlohn für Facharbeiten auch in den ostdeutschen Bundesländern wieder eingeführt werden, fordert die Gewerkschaft ... Vor zehn Jahren war die zweite Lohnuntergrenze im Osten auf Drängen der Arbeitgeber abgeschafft worden. Insgesamt sind nach Angaben der IG BAU im Westen rund 20 Prozent und im Osten gut 31 Prozent der Facharbeiter auf eine Lohnuntergrenze angewiesen – die meisten davon in Kleinst- und Handwerksbetrieben. www.igbau.de/Kamikaze-Kurs-mitten-im-Bau-Boom-Arbeitgeber-wollen-Bau-Mindestlohn-light.html

Sauberkeit hat ihren Preis. Neuer Vertrag für Gebäudereiniger-Branche

Reinigungskräfte bekommen dadurch unter anderem höhere Lohn-Zuschläge und bald erstmals auch Weihnachtsgeld. Für einen Großteil der Beschäftigten gibt es mehr Urlaub. Und wer Teilzeit arbeitet, aber regelmäßig Überstunden macht, hat jetzt Anspruch auf einen Arbeitsvertrag, der die längere Arbeitszeit auch garantiert. Insgesamt arbeiten bundesweit rund 650 000 Beschäftigte in der Gebäudereinigung. Gewerkschaft und Arbeit-

geber wollen den neuen Rahmentarifvertrag zudem für allgemeinverbindlich erklären lassen.

Er würde dann für alle Beschäftigten der Branche gelten – unabhängig davon, ob das Unternehmen, bei dem die Reinigungskräfte arbeiten, dem Arbeitgeberverband angehört oder nicht.

www.igbau.de/Ab-heute-gilt-fuer-die-Gebaudereinigung-Hoehere-Lohn-Zuschlaege-mehr-Urlaub-bald-Weihnachtsgeld.html

Fast-Food-Arbeiter demonstrieren für mehr Geld und Respekt

12.11.2019. Am heutigen „International Fast Food Workers‘ Day“ haben weltweit Beschäftigte von McDonald's, Burger King, Starbucks, KFC und anderen Konzernen, für mehr Geld und mehr Respekt demonstriert. In Deutschland sind Beschäftigte in Kassel, Hamburg, Berlin und Nürnberg auf die Straße gegangen. Der heutige Aktionstag fand kaum drei Wochen vor dem Start der Tarifverhandlungen zwi-

schen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und dem Bundesverband der Systemgastronomie (BdS) statt. Die Gewerkschaft NGG und der BdS verhandeln über die Löhne von rund 120 000 Beschäftigten. Die Gewerkschaft NGG fordert unter anderem einen Lohn von mindestens 12 Euro.

www.ngg.net/artikel/2019/international-fast-food-workers-day-aktionen-in-deutschland/

Leiharbeit: Keine Einigung in Sicht – Arbeitgeber taktieren weiter

... Auch die dritte Verhandlung für die Beschäftigten in Leiharbeit brachte keine Einigung. Die Arbeitgeber kamen den DGB-Gewerkschaften nur in Mini-Schritten entgegen. Bei der Erhöhung der Entgelte legten die Arbeitgeber kein neues Angebot vor: im Schnitt gerade mal ein Prozent mehr im Jahr, und das fünf Jahre lang. Völlig inakzeptabel aus Sicht der IG Metall und der anderen DGB-Gewerkschaften. Die DGB-Tarifgemeinschaft fordert 8,5 Prozent mehr Geld, für zwölf Monate. Auch bei den Jahressonderzahlungen – Weihnachts- und Urlaubsgeld – gab es kaum Fortschritte. Die Arbeitgeberver-

bände iGZ und BAP boten lediglich 25 Euro mehr – allerdings erst ab 2023 und ab dem fünften Beschäftigungsjahr. Die DGB-Gewerkschaften fordern für ihre Mitglieder ein volles dreizehntes Monatsgehalt. Lediglich beim Urlaub bewegten sich die Arbeitgeber: Die Beschäftigten sollen nun früher einen höheren Urlaubsanspruch bekommen. Derzeit haben Leihbeschäftigte im ersten Jahr lediglich Anspruch auf 24 Tage. Die DGB-Tarifgemeinschaft fordert 28 Tage und 30 Tage nach dem zweiten Beschäftigungsjahr. www.igmetall.de/tarif/tariffrunden/leiharbeit/arbeitgeber-taktieren-weiter-keine-einigung-in-sicht

Terra oblita – Ansatzpunkte für eine europäische Erinnerungskultur?

EINLEITUNG UND DOKUMENTATION: JOHANN WITTE, BREMEN

„Terra oblita“ – das vergessene Land – eine Onlineplattform für Erinnerungsorte an vergessene NS-Opfer entstand 2018/19 während des Projekts Memory-Wiki – Auf den Spuren der Erinnerung an NS-Opfer in der Ukraine, Russland und Deutschland.

Zwanzig Studierende der Universität Bremen, der Nationalen Universität „Oles Hontschar“ Dnipro (Ukraine), der Südföderalen Universität Rostow am Don (Russland) und der Higher School of Economics in Moskau recherchierten zu Erinnerungsorten an vergessene NS-Opfer in Zentral- und Osteuropa. Gefördert wurde das Projekt durch das Auswärtige Amt, die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ)¹ und die Stiftung „Erinnerung Lindau“. Durchgeführt wurde es vom Verein KONTAKTE-KONTAKTBL e.V., der sich um Kontakte zu früheren Kriegsgefangenen bzw. ihren

Angehörigen in Ländern der ehemaligen Sowjetunion bemüht.

Auf der Plattform „Terra Oblita“ lassen sich anhand einer interaktiven Karte Erinnerungsorte von vergessenen NS-



Opfern bemüht, d.h. Opfern, die in der öffentlichen Wahrnehmung nur eine untergeordnete Rolle spielen, wie z.B. sowjetische Kriegsgefangene, Opfer der

¹ die Stiftung wurde im Jahr 2000 von Bundestag, Regierung, Wirtschaft u.a. gegründet, um Zahlungen an Zwangsarbeiter des NS-Regimes zu leisten., <https://stiftung-evz.de>; <https://kontakte-kontakty.de>; <https://terraoblita.com/de>

„Euthanasie“ u.a.. In vier Sprachen (russisch, ukrainisch, deutsch und englisch) kann man sich informieren oder auch selbst Beiträge hochladen.

(Wir) „möchten Brücken für ein Verständnis vielfältiger Erinnerungskulturen in Europa bauen und durch gemeinsame Projektarbeit zu einer (Wieder-) Annäherung der drei Länder auf der zivilgesellschaftlichen und vor allem der zwischenmenschlichen Ebene beitragen“ (aus der Projektbeschreibung). Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit dient hier als Klammer, um sich mit der Gegenwart auseinanderzusetzen und zusammenarbeiten zu können. Das angehängte Dokument stammt von einer Dozentin der Universität Bremen und beleuchtet die dabei auftretenden Schwierigkeiten und Probleme – zeigt aber auch Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit. Das Projekt ist eines von sehr wenigen unter vielen von der EVZ geförderten Projekten, die eine derartige Aufgabenstellung verfolgen.

Am 20.8.2019 fand in Bremen die Abschlusspräsentation des Projekts statt. Gleichzeitig wurde die Plattform „terra oblita“ freigeschaltet. Am folgenden Tag fand eine Kundgebung der Projektteilnehmer auf dem Gelände eines ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenenlagers am Rande der Bremer Innenstadt statt – auf einer vergessenen Freifläche vor dem ehemaligen Amerikahaus.

Für die beteiligten Studenten ist das Projekt damit erst einmal beendet, die Plattform soll für neue Beiträge offen bleiben und wird von den Studenten der Moskauer Universität weiter gepflegt.

DOK Der Krieg der Vergangenheit, der Krieg der Gegenwart. Erfahrungen einer ukrainisch-russisch-deutschen Studierendenbegegnung

Zweierlei Kriegsspuren

Der erste Eindruck vom Krieg, noch bevor das Flugzeug die Landebahn berührt: „Es ist strengstens verboten, Film- oder Fotoaufnahmen auf dem Flughafen zu machen“, informiert uns der Pilot (...) bei der Landung in Dnipro. Es ist auch schnell klar warum: Am Rande des Rollfelds stehen Militärmaschinen, kleine zwar, und nicht viele, aber es sind keine Relikte aus sowjetischer Zeit, sondern es ist aktuelles Kriegsgeschehen.

Die neue Zeit und die Relikte aus der alten – sie werden uns in dieser Woche im Mai 2019 in der viertgrößten Stadt der Ukraine (...) immer wieder vor neue Fragen stellen. Es beginnt schon mit dem Namen: Die Millionenstadt Dnipro heißt erst seit 2016 so. Von 1926 bis 2016 hieß die am Dnepr gelegene Stadt Dnipropet-

rowsk (...) nach dem russischen Revolutionär Grigori Petrowski, dem ehemaligen Vorsitzenden des Obersten Sowjet der Ukrainischen Sowjetrepublik.

Dnipro ist für unsere Studierenden-gruppe aus Bremen die zweite Station in dem für ein Jahr konzipierten trilateralen Projekt (...) Ziel ist es die Erinnerung an vergessene Opfer des Nationalsozialismus in den drei beteiligten Projektländern Deutschland, Ukraine und Russland zu erforschen und zu bewahren. Dazu erarbeiten Studierende der beteiligten Universitäten eine interaktive Internetplattform, die mit Informationen zu konkreten historischen Orten gefüllt werden soll, an denen während des Zweiten Weltkrieges Menschen gequält, zur Zwangsarbeit gezwungen und getötet worden sind (...).

Insgesamt sind je sechs ukrainische und deutsche sowie acht russische Studierende an diesem Projekt beteiligt (...).

Das ist eine vielfache Herausforderung, auch deshalb, weil sich die ukrainischen und russischen Studierenden nur in Bremen begegnen können. Das ukrainische Bildungsministerium hat seit der russischen Annexion der Krim und dem hybriden, offiziell nicht erklärten, aber von russischen Truppen unterstützten Krieg in der Ostukraine die Zusammenarbeit ukrainischer Bildungseinrichtungen mit russischen Partnern untersagt. Für die ukrainischen Studierenden (...) ist das Projekt offiziell ein bilaterales deutsch-ukrainisches Projekt. Die russischen Studierenden sind während der Workshops in Dnipro immer via Internet an Absprachen zur weiteren Ausarbeitung

der Internetplattform beteiligt. So wird in Dnipro sicherheitshalber hinter geschlossenen Türen gemeinsam von allen Projektbeteiligten darüber abgestimmt, welches der von den Moskauern entworfenen Logotypen zukünftig die Plattform graphisch prägen soll und wer eigentlich zu den Gruppen der „vergessenen NS-Opfer“ gehört (...).

Bremen als Drehscheibe und der rosa Elefant

Bei der ersten Begegnung in Bremen (September 2018) konnten sich alle Projektteilnehmer aus Dnipro, Rostow am Don und Moskau treffen. Die sprachliche Barriere war für die Bremer Studierenden am höchsten. Einige von ihnen lernen Russisch, aber greifen in der Kommunikation doch immer wieder auf Englisch zurück, das allerdings nur die Moskauer flüssig sprechen, nicht aber alle Studierenden aus Dnipro und Rostow. Während der Workshops und der Ausflüge helfen Sprachmittler für die Übersetzung aus dem Russischen, das die Studierenden aus Dnipro fast alle auch als Hauptsprache zuhause in ihren Familien sprechen, auch wenn die offizielle Amts- und Unterrichtssprache Ukrainisch ist. Sprachlich und geographisch, aber auch in ihrem Alltagsleben sind sich die Studierenden aus Rostow und Dnipro also sehr nahe (...).

Der Krieg in der Ostukraine ist während der ersten Projektwoche in Bremen freilich wie ein rosa Elefant immer mit im Raum – alle sehen ihn, aber keiner wagt ihn anzusprechen. Dass die russischen und ukrainischen Studierenden (...) miteinander „Mafia“, „aktivität“ und andere Gruppenspiele spielen, sieht die ukrainische Dozentin (...) mit Rührung. Sie ist ethnische Russin, ihren Eltern wurde in den 1960er Jahren (...) in Dnepropetrowsk (...) der erste Arbeitsplatz zugewiesen, so blieben sie in der Stadt. Die Dozentin leidet unter dem nicht erklärten Krieg (...).

Dass sich russische und ukrainische Studierende näher kommen, sich nicht als Feinde sehen, ist eines der Ziele nicht nur der Projektorganisatorinnen, sondern auch der Geldgeberinnen. Und eine der größten Herausforderungen des Projekts (...). In Bremen fand während der ersten Projektwoche ein Gesprächsworkshop zur Situation in der Ostukraine statt (...). In gemischten Kleingruppen, jeweils mit einem Studierenden aus den vier Städten sollten sie sich gegenseitig erzählen – und vor allem zuhören; „Wie hast Du von den bewaffneten Auseinandersetzungen in der Ostukraine erfahren? Hat sich dadurch in deinem Leben etwas verändert? Was?(Wie) Spürst Du den bewaffneten Konflikt und/oder seine Folgen? (...)“ *Fortsetzung Seite 18*

DOKE Rechte Provokationen – Demokratische Antworten

REDAKTIONSNOTIZEN • ZUSAMMENFASSUNG: ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN, HESSEN

Die AfD inszeniert sich gewinnträchtig als Außenseiterin des Politikbetriebs, jedoch: „... Im weit gefassten Feld der Sozial-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik ist sie eine reaktionär-bürgerliche, wirtschaftsliberale Partei, die im Verbund mit FDP und CDU ... für ein ‚Weiter so‘ des nationalen Wettbewerbsstaates steht. Steuervergünstigungen für Besserverdienende, marktradikale Wettbewerbspolitik, Begünstigung von Einkommensmillionären, Unterstützung dubioser Geldwäscherpraktiken und ... Drangsalierung von Langzeitarbeitslosen und Einschränkung des Sozialstaates – das sind die „Alternativen“. Mit FDP und CDU steht die AfD für sofortige, vollständige Abschaffung des Soli. Die GroKo ... hat aber auf Druck der SPD die oberen Einkommen von dieser vollständigen Entlastung ausgenommen. Diese will die AfD im Einklang mit der FDP aber vollständig entlasten. Die steuerlichen Ausfälle in Milliardenhöhe könnten durch Einsparungen im Bereich Arbeit und Soziales aufgebracht werden. K. Gottschalk (AfD) sieht in der Beibehaltung des Soli für die oberen Einkommensklassen ‚eine verdeckte Vermögenssteuer‘ gegen die sich die AfD programmatisch ausgesprochen hat.“

(Quelle: G. Wiegel, Dt. Bundestag, 19. Wahlperiode, Woche 13.-15.11.19)

„Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“: AfD rückt an die Seite der FDP. AfD-Gottschalk: „Anstatt über weitere Steuerarten wie beispielsweise die Luftverkehrssteuer nachzudenken, könnten wir hier im Bundestag tatsächlich einmal den Weg der FDP einschlagen und darüber nachdenken, wie man den Gürtel enger schnallen kann ... Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie wirklich Unternehmenspolitik machen wollen, ... das können Sie mit unserer Fraktion – da sitzen vernünftige Wirtschaftsfachleute –, das können Sie mit der FDP und mit Ihren Leuten machen; aber Sie glauben doch nicht ernsthaft, mit denen dort drüben, links, Unternehmenspolitik gestalten zu können.“ (Ebd.)

„Der Staat muss nicht alles wissen“ – diese Maxime wird von der AfD v.a. dann vertreten, wenn es um unklare Geldflüsse und Geldgeschäfte geht. ... Im Bundestag lehnt sie jetzt mit Verweis auf Bspitzelung der Bürgerinnen und Bür-

ger eine EU-Geldwäscherichtlinie ab. S. Keuter (AfD): „Die Geldwäscherichtlinie, die vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat vorgegeben wurde, biegt links ab. Europa biegt links ab. Deutschland zahlt, und Deutschland folgt in den Sozialismus.“

F. DE MASI (Die Linke): „Herr Keuter, ... Sie sollten ... verraten, dass die Kriminalbeamten in der Anhörung sagten, dass mit den Ideen der AfD ein Schutzraum für Terrorgelder, Kinderpornografie und Menschenhandel geschaffen wird. Ihre Wählerinnen und Wähler haben einen Anspruch, das zu erfahren.“

Die AfD bedauert das Bundesverfassungsgerichtsurteil, das drastische Sanktionen gegen Hartz IV-Empfänger als verfassungswidrig kennzeichnet. ... Für N. Kleinwächter (AfD) sind diese Menschen vor allem potenzielle Betrüger und Sozialschmarotzer: „Die Grünen und Linken wollen ..., dass Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger rein gar nichts passiert, wenn sie Termine schwänzen, keinen Bock auf Arbeit haben und auf Steuerzahlerknete ausschlagen.“ (Ebd.)

„Die Annäherung von AfD und FDP erfolgt nicht nur einseitig. ...“

Die FDP griff in der Aktuelle Stunde zum ‚Fall Ibrahim Miri‘ ein klassisches AfD-Thema auf. Eine in ihrer Denunziationsabsicht besonders ekelhafte Anfrage der FDP zur Amadeu-Antonio-Stiftung sollte als Alarmsignal gewertet werden, dass inhaltliche Nähen jenseits der schrillen Töne schneller Platz greifen können, als manche sich das vorstellen können.“

www.dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/138/1913874.pdf

FIR: 8.11.19 erinnert an die antisemitischen Pogrome. „... Anders als im vergangenen Jahr waren offizielle Gedenkveranstaltungen nur selten zu erleben. Und es ist ein politischer Skandal, dass vor wenigen Tagen in Deutschland ein Verwaltungsgericht in Bielefeld entschied, dass eine neonazistische Solidaritätskundgebung für die verurteilte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck am 9. November, dem Gedenktag für die Opfer der rassistischen Pogrome stattfinden darf. Politisch Verantwortliche und die Justiz, die solche neonazistischen Exzesse zulassen, sind unglaublich, wenn sie sich mit bewegten Worten über zunehmenden Antisemitismus beklagen.“

Es ist ein emotionaler Austausch, und gerade für die ukrainischen Studenten auch eine große Belastung. Eine Studentin hat Angehörige in der Ostukraine verloren, ein anderer kommt ursprünglich aus Donezk. Seine Eltern leben weiterhin dort, haben sich aber entschlossen, den Sohn an einer „richtigen“ Universität studieren zu lassen und nicht in der „Volksrepublik Donezk“, einem nirgends anerkannten Staatsgebilde, dessen Universitätsdiplome außerhalb der Stadt nicht gelten (...). Seine Eltern sieht er nur selten, obwohl Donezk nur 250 km von Dnipro entfernt liegt – aber hinter mehreren Checkpoints, sowohl ukrainischen als auch welchen der „Volksrepublik Donezk“. „Ich habe Glück gehabt“, sagt er sachlich, „und keine Leichen gesehen“ (...).

Den Bremer Studierenden, die sich vorher fragten, was sie eigentlich zu dem Krieg in der Ostukraine zu sagen hätten, wird über die sehr persönlichen Fragen der Gesprächsrunde deutlich, dass auch das Wissen oder Nichtwissen westlicher Politiker, Parteien und Wähler einen Teil der komplexen Auseinandersetzung ausmachen (...). Einer der ukrainischen Studierenden richtet sich sehr emotional an die russische Gruppe: „Ich bin bereit, mit Euch als Historiker zusammen zu arbeiten, aber nicht, mit Euch über die Gegenwart zu reden.“ Eine Studentin artikuliert ihre hilflose Wut: „Es ist doch gar nicht unser Konflikt. Wir als junge Leute haben doch gar nichts damit zu tun. Wir könnten uns gut verstehen.“ (...)

Bürokratie am Don

Bei der Begegnung in Rostow am Don einige Monate später sind dann nur die Bremer Studierenden dabei; die ukrainische Gruppe aus Dnipro kann nicht anreisen. Aus Bremer Perspektive, nach der langen Anreise über Moskau, registrieren wir erstaunt, wie wenig der Krieg in der Ostukraine hier, nur 200 km von der Stadt Donezk entfernt, präsent ist. Für sie habe sich seit 2014 eigentlich nichts verändert, erklären uns die russischen Studierenden. Dafür machen wir Erfahrungen mit

der russischen Bürokratie (...): Der geplante Schulbesuch muss bei der Gebietsverwaltung angemeldet werden. Bis zum letzten Tag ist ungewiss, ob wir die Genehmigung bekommen. Dabei betreibt die Schule, die seit 2018 den Namen von Alexander Petscherskij trägt, ein eigenes, sehr beeindruckendes Museum, dass wir schlussendlich doch besuchen dürfen. Petscherkij (1909-1990), der aus Rostow stammte, geriet als Rotarmist in deutsche Kriegsgefangenschaft, wurde als Jude in das Vernichtungslager Sobibor deportiert und führte dort im Oktober 1943 einen erfolgreichen Aufstand an.

Ukrainische Helden, sowjetische Helden? Zwei Museen an einem Ort

In Dnipro ist der Krieg in der Ostukraine dagegen allgegenwärtig. In der Stadt wurde 2016 ein Museum über die „Anti-Terror-Operation“ (ATO) eingerichtet, und zwar im Gebäude des 1975 eröffneten Dioramas über die Schlacht am Dnjepr im Herbst 1943. Die Ausstellung zum aktuellen Kriegsgeschehen erscheint so als Fortführung des letzten Krieges. Die Ausstellung präsentiert (...) vor allem aber Geschichten von beteiligten Soldaten und Freiwilligen der Kämpfe, zur Evakuierung der Zivilbevölkerung (...) und in einem großen Saal Porträts und persönliche Gegenstände der mehr als 500 gefallenen Militärangehörigen aus dem Verwaltungsgebiet Dnipro. (...)

O. Marintschenko, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Museum, das neben dem Diorama-Museum auch das ATO-Museum verantwortet, kommentiert die Ambivalenz des neuen Museums: Einerseits würde in der heutigen Ukraine die sowjetische Vergangenheit abgelehnt und negiert, andererseits aber in diesem Museum das sowjetische Kriegsnarrativ mit seinem Fokus auf den individuellen Heroismus reproduziert, ohne dass sich die Ausstellungsmacher dessen bewusst seien. (...)

Solche Ambivalenzen überhaupt wahrzunehmen und auszutauschen, das ist ein Anspruch des Projekts (...).

Die Linke im hessischen Landtag: VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben

Politisch motivierter Angriff auf antifaschistisches Engagement ist empörend

Die VVN-BdA hat heute mitgeteilt, dass das Finanzamt des Landes Berlin der ‚Bundesvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifascistinnen und Antifaschisten‘ die Gemeinnützigkeit entzogen hat. Durch drohende Steuernachforderungen ist die VVN-BdA in ihre Existenz bedroht. Dazu erklärt Jan Schalauske, finanzpolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag:

„Dass in Zeiten von rechter Hetze und rechtem Terror, ausgerechnet der VVN-BdA, der Organisation der Überlebenden der Konzentrationslager und Gefängnisse, die Gemeinnützigkeit entzogen wurde, ist ein unfassbarer Skandal. Die VVN-BdA leistet einen unschätzbaren Beitrag zu Erinnerung an die Verbrechen des Faschismus, informiert über neofaschistische Umtriebe und ist aktiv in breiten gesellschaftlichen Bündnissen gegen neue und alte Nazis.“

Der Vorwurf, dass die VVN-BdA Bayern vom Verfassungsschutz überwacht werde, sei blanker Hohn, so Schalauske. Während der Geheimdienst im Kampf gegen Rechts kläglich versagt habe, stelle er antifaschistisches Engagement unter Beobachtung. Dabei hätten der VVN-BdA und antifaschistische Initiativen weit mehr gegen die Gefahr von Rechts getan als die Geheimdienste.

„Attac, Campact und jetzt die VVN-BdA: Im Moment erfolgen mit Hilfe des Steuerrechts politisch motivierten Angriff auf fortschrittliche Organisationen der Zivilgesellschaft. Wenn das Steuerrecht in Deutschland die Gemeinnützigkeit so regelt, dass die ‚Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik‘, eine Lobbyorganisation der Rüstungsindustrie, als gemeinnützig gelten, antifaschistisches Engagement sowie der Kampf für gerechte Steuern und eine solidarische Gesellschaft aber nicht, dann muss das Steuerrecht zwingend geändert werden. Hier sind auch Finanzminister Thomas Schäfer und Schwarzgrün in Wiesbaden gefordert. Das Gemeinnützigkeitsrecht als Steuerrecht führt zu unerträglichen Widersprüchen. Es ist längst überfällig, ein modernes Demokratieverständnis ins Gemeinnützigkeitsrecht umzusetzen. Zivilgesellschaftliches Engagement muss angemessen gefördert, antifaschistischer Einsatz darf nicht behindert werden. Eine politische Betätigung für das Allgemeinwohl darf nicht zu einer Aberkennung der Gemeinnützigkeit führen.“

Weitere Stellungnahme siehe Seite 24.



Text und Foto: <https://ukraineverstehen.de/huhn-ukrainisch-russisch-deutsche-studierendenbegegnung>

Informationen zur Anmeldung

Ort: Wir tagen in der „JH Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 5 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Die Kosten für Ü/F betragen ca. 35 Euro/Tag und Person.

Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben.

Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden. Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert.

Anmeldung: Um die Anzahl entsprechend der Anmeldungen anpassen zu können, bitte wir euch um Anmeldungen

bis 15. Dezember und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder **telefonisch 030-39808805**.

ArGe-MV mit Wahlen

Liebe Genossinnen und Genossen, hiermit laden wir Euch herzlich zur nächsten Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung ein. Sie ist wieder im Rahmen der „Winterschule“ der ArGe am Freitag, 3.1.2020, in Erfurt, Jugendherberge, Hochheimer Str. 12 und beginnt um 19 Uhr.

Als Tagesordnung schlagen wir folgende Punkte vor:

1. Krise der Linken, Erfolg in Thüringen – Stand der strategischen Diskussion (Ein/e Referent/in für einen einleitenden Beitrag wird derzeit noch gesucht)
2. Kurzer Bericht über die Tätigkeit und Finanzen der ArGe (Sprecher/innen)
3. Übersicht über die Projekte der ArGe – nötige Abstimmungen
4. Wahl einer Sprecherin und eines Sprechers der ArGe oder eines Sprecher/Innenrates
5. Wahl von Delegierten mit beratender Stimme zum Bundesparteitag

Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung!
Wolfgang Freye,
Brigitte Wolf
(Sprecher/innen der ArGe)

Einladung zum Kurs Philosophie „Friedenspolitik nach den beiden Weltkriegen“

Mit diesem Kurs der Winterschule wollen wir versuchen, einen Zugang zum Verständnis für Funktion und Wirkungsweise von Völkerrecht zu bekommen.

Im letzten Kurs im Januar 2019 hatten wir untersucht, wie bürgerlicher Pazifismus und sozial-demokratisch geführte Arbeiterbewegung aneinander vorbei, je auf ihre Weise, Friedenspolitik trieben – der Beginn des Großen Krieges war ihre Niederlage. Sie hatten ihn nicht verhindern können. *

Glaubten die einen, die Revolution des Proletariats „werde es schon richten“, wurde der moralische Appell „Die Waffen nieder!“ höhnisch vom Nationalismus niedergemacht.

„Das was wir Weltgeschichte nennen, ist nichts weiter als ein fortlaufender Organisationsprozess: eine immer weiter schreitende Transformation und Regulierung der Teilkkräfte, eine immer weiter fortschreitende Umwandlung von Gewalt in Recht“. Unbeeindruckt von der kriegerischen Wucht des Ersten Weltkrieges blieb dies die Kernaussage des bürgerlichen Friedensaktivisten Alfred Hermann Fried sogar noch 1915. Er hatte dafür sogar den Nobelpreis 1911 erhalten. Das bewaffnete Europa bezeichnete Fried „als unhaltbaren Zustand der Anarchie“. Während innerhalb des Staates die Ordnung politisch gewährleistet werde und der anarchische Zustand praktisch abgeschafft sei, herrsche in den internationalen Beziehungen immer noch „das Gesetz der rohen Gewalt“ und damit eine Situation des latenten Krieges im Frieden. Das anarchische Nationalstaatensystem sei nicht in der Lage, den Menschen die ihnen zukommende „Freiheit von Furcht“ zu gewähren, da, wie Fried in den „Grundlagen des revolutionären Pazifismus“ schrieb, der „militärische Friede die Gewalt im latenten Zustande erhält“.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden international manche seiner Ideen aufgegriffen: Wir können seitdem eine beispiellose Verrechtlichung und Institutionalisierung der internationalen Beziehungen beobachten. Vergleichen wir die Situation am Vorabend des Ersten Weltkriegs mit der Entwicklung danach, stehen heute Staaten in einer Vielzahl globalisierter Rechtsbeziehungen zueinander und sind Mitglieder in inter-, sogar supranationalen Organisationen.

Mit dem Völkerbund 1920 und seinem Versprechen von Selbstbestimmung für

Vergleiche dazu das Berichtsheft Nr. 22 unserer ARGE, im Internet zu finden unter:

www.linkekritik.de/index.php?id=653&tx_ttnews%5Bpointer%5D=1&cHash=62b31957a7c69e4e4085088d5944ff8e oder direkt als PDF: www.linkekritik.de/uploads/media/20190214_arge_kdsb_rundbrief22.pdf

Völker unter Fremdherrschaft traten nach dem Ersten Weltkrieg viele von ihnen erstmals als relevante Größe auch auf die Bühne der Weltpolitik. Beschränkt seinerzeit allerdings auf jene Fälle, die im Begriff waren, sich aus dem Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn oder dem moribunden Osmanischen Reich zu lösen – diese hatte US-Präsident Woodrow Wilson in seinen 14 Punkten angesprochen –, war der Kreis der „Player“ noch keineswegs global. Gründungsmitglieder waren die Siegermächte des Ersten Weltkrieges, ohne die USA, die nicht beitraten. Politische Akteure waren die alten europäischen Mächte und – neu auf der Weltbühne – die USA. Die Völker Afrikas, Lateinamerikas und Asiens kamen nicht vor.

Der Verlauf der Oktoberrevolution 1917 und der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion zwang die Bolschewiki, sich neu mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. War der Frieden von Brest-Litowsk nur eine „Atempause“ vor dem zu erwartenden Flächenbrand der Weltrevolution? Nach dem Niederringen der imperialistischen Interventionen gegen die UdSSR vollzog Lenin allmählich einen Strategiewechsel. Später stand im Mittelpunkt der „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ flankiert von dem Konzept der friedlichen Koexistenz und – nach dem Zweiten Weltkrieg – der „kollektiven Sicherheit“.

Heftig polemisierten gegen den Völkerbund die Nationalsozialisten. Bereits in ihrer „Kampfphase“ vor 1933 griffen sie den Völkerbund als „liberal-demokratisch und pazifistisch“ an. Im „Mythos des 20. Jahrhunderts“ wird vom Chefideologen der „Bewegung“ Alfred Rosenberg ein Staatensystem gefordert, welches „die politische Herrschaft der weißen Rasse über den Erdball sicherstellen“ soll. Kaum an der Macht, kündigten sie die Mitgliedschaft des Deutschen Reiches im Völkerbund auf.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Gründung der UNO 1945 wird ein neuer, die Welt umspannender Ansatz erkennbar. Der Zusammenschluss in der Vereinten Nationen beförderte den Prozess der Dekolonisierung, so dass die UNO heute 193 Staaten repräsentiert. Auch gibt es erhebliche völkerrechtliche Fortschritte, etwa durch die Vereinbarung von Schutzmechanismen vor „ungleichen Verträgen“, wenn es heißt, dass völkerrechtlich ein Vertrag nichtig ist, „wenn sein Ab-

schluss durch Drohung oder Anwendung von Gewalt unter Verletzung der Prinzipien des in der Charta der Vereinten Nationen verkörperten Völkerrechts zustande gekommen ist.“ Zudem beschränken die Vereinbarungen der UNO das Recht eines Staates zur Kriegsführung auf Fälle der Selbstverteidigung. Nicht zu vergessen die Menschenrechte, die zu verteidigen sich die UNO vorgenommen hat.

Aber sind diese Zeiten, in denen das Gewaltmonopol bei staatlich geführten Armeen lag, Schlachtfelder abgegrenzte Bereiche darstellten und in denen die Tötung von Nicht-Kombattanten als Kriegsverbrechen galt, nicht längst vorbei? „New wars“ beschreibt die weit verbreitete Form organisierter Gewalt, in der sich traditionelle Militärpraktiken, Kriminalität und gezielte Menschenrechtsverletzungen vermischen. Dazu gehört auch das Stichwort „asymmetrischer Krieg“ – zum Beispiel mit dem IS. Mit den vorhandenen Rechtsmitteln sind die gegenwärtigen Fälle bewaffneter Gewalt, wie wir sie im 21. Jahrhundert erleben, kaum zu fassen.

Literatur:

Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden: Ein philosophischer Entwurf (Hrsg. R. Malter); Ditzingen: Reclam Verlag (ISBN 978-3-15-001501-8);
John Rawls, Das Recht der Völker (Übers. W. Hirsch); Berlin: de Gruyter (ISBN 3-11-016935-5);
Jürgen Habermas, Kants Idee des ewigen Friedens – aus dem historischen Abstand von 200 Jahren, Seiten 192-236 in Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie; Frankfurt/M: Suhrkamp (ISBN 978-3518290446);
Norman Paech und Gerhard Stuby: Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen, Hamburg 2001 und 2013 (ISBN 3-87975-759-3); Die Friedens-Warte zu finden hier: <https://www.jstor.org/journal/friedenswarte?refreqid=excelsior%3A5079a5a42d8928011b81fe0542f70426> ;
PS.: Über Vorschläge der Ergänzung und Mitarbeit freuen wir uns ausdrücklich!

UNO und Völkerrecht sind faktisch außer Funktion.

Für das Verständnis der zeitgenössischen internationalen Rechtsordnungen ist es notwendig, ihre Geschichte zu kennen. Dabei wollen wir auch die Kräfte untersuchen, die den Völkerbund und die Vereinten Nationen gründeten – aber auch deren Feinde. Denn auch sie machten und machen sich erneut programmatisch breit. Auch hier gilt: Der Feind steht bereits im eigenen Land. Die Aussagen dazu

in den Programmen der Parteien im Bundestag müssen wir untersuchen.

Was treibt uns an, dies alles zu studieren? Es ist die Hoffnung auf die mühsame Dialektik eines humanen Fortschritts ohne Krieg und einer Friedenspolitik auf der Basis rechtlich gebündelter Vertragsverhältnisse. Gerade in Zeiten von Nationalismus und Reaktion.

Eva Detscher (eva.detscher@web.de),
Karl-Helmut Lechner (karl-helmut.lechner@wt.net.de)

Einladung zum Kurs Wirtschaft:

Öffentliche Güter – Freiheitsgüter – Partizipation – Was sind und wozu dienen Leitbilder?

Die Bereitstellung öffentlicher Dienste, Leistungen und Einrichtungen nimmt mit der Entwicklung der Industriegesellschaft immer größere Gewichte, für die Produktivität der Wirtschaft, aber auch für die Lebensqualität der Einzelnen. Daraus entsteht ein gesteigertes Interesse, auf die konkrete Gestalt des Angebots der öffentlichen Hand einzuwirken. Die Verbandslobbys aller Art bauen ihre direkten Verbindungen zu den Organen der Gesetzgebung und der Verwaltung aus. Damit aber die Bürgerinnen und Bürger auf die Bedingungen ihres Alltags Einfluss nehmen können, muss die kommunale Selbstver-

waltung um Einrichtungen erweitert werden, die erlauben, auf Planungsprozesse und Handeln der Verwaltung Einfluss zu nehmen. Es ist dabei ein neues Feld der politischen Auseinandersetzung entstanden, auf dem emanzipative und solidarische Ansätze hier mit ausgrenzenden und auf Privilegien zielenden kollidieren. Was sind die Bedingungen, die auf diesem Feld zu beachten sind?

Ökonomie: Freie Güter, öffentliche Güter, private Güter. Soziologie: Raum der Lebensgestaltung: Effektiver (d.h. unter Nutzung öffentlicher Güter) nimmt tendenziell zu, „beherrscher“ (d.h. im

Eigentum stehender) schrumpft. Raum der Lebensstile und ihre Basis im System der materiellen Daseinsbedingungen, Wahlfreiheiten und Zwänge. Politologie: „Gerechtigkeit als Fairness“, die Kultur des Handelns kontrovers zur Kunst des „Deals“. Angewandte Politik: „Leitbilder“ eine Modeerscheinung oder ein Weg zum „gemeinverträglichen Gebrauch der öffentlichen Sachen“. Fachliteratur zur Analyse und Konstruktion von „Leitbildern“ und Diskussion von ausgewählten Beispielen der Partizipation.

fochlermuenchengmail.com, rgehring@efbww.eu, ruediger@loetzer.com

Wir diskutieren – teils sehr kurze Auszüge – von Quellentexten (Längenangaben in kopierten Seiten DIN A4 in [nn]). Quellenangaben im kopierten Material.

Teil 1 (Donnerstag 14 Uhr)

1| Adam Smith (1723–1790), in seinem Hauptwerk „Der Wohlstand der Nationen“ über „Ausgaben für öffentliche Anlagen und Einrichtungen“ als Staatsaufgabe. [8]

2| Daseinsvorsorge und Selbstverwaltung. Die Idee der „Honoratiorenverwaltung“ (Stein-Hardenbergsche Reformen 1814) und ihre Grenzen. [2]

3| Friedrich Engels Blick auf die Stadt der Industriegesellschaft (Lage der arbeitenden Klassen in England) [2]. Gesamt: [12]

Teil 2 (Donnerstag/Freitag)

4| Konservatismus und Räume der Lebensgestaltung: Forstthoff entdeckt eine gegenläufige Entwicklung: Der vom Individuum „beherrscher“

te“ Gestaltungsraum schrumpft, der für die Individuen – und Zuhilfenahme bereitgestellter Mittel – „effektiv“ zugängliche Gestaltungsraum wird größer. [4]

5| Habitus und Milieu sind mit dem System der materiellen Daseinsbedingungen gekoppelt. Es wirkt auf die Individuen als „strukturierende Struktur“ und kann seinerseits durch politische Intervention „strukturiert“ werden. Auszüge aus Pierre Bourdieu, „Die feinen Unterschiede“. [6]

6| „Mangel an Verwirklichungschancen“. Auszug Sen [6]

7| „Freiheitsgüter“ – ein strategischer Ansatz linker Politik? [3]

8| Theorie der Gerechtigkeit als Fairness. John Rawls. [6]

Summe Teil 2: [25], Gesamt: [37]

Teil 3. (Freitag/Samstag)

9| Neuere Volkswirtschaftslehre zur Bereitstellung öffentlicher Güter (Stieglitz Schönfelder, Finanzwissenschaft) [12]

10| Wie funktionieren Leitbilder? Als Organisationsmittel von Verbänden, Behörden, Firmen? Im Prozess der politischen Willensbildung? Katharina G. Giesel, Leitbilder in den Sozialwissenschaften [4]

12| Partizipation heute. Beispiele aus Berlin (Mein Bezirk). [2], München, Schicksal einer Bürgerversammlungsempfehlung („Vereinfachter Ablaufplan“) [1], Die Einrichtung der „Volksbefragung“ am Beispiel Wien (2013) [1]

Summe Teil 3 [20], Insgesamt: [57]

Schlussdiskussion: (Samstag): Das Thema als Aufgabe der politischen Bildungsarbeit. Was können wir realistischerweise beitragen?

Verein für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation – Publikationsplan 2020

Nr./ Monat	Redaktion: Fr.	Druck: Die.	Erscheinen: Do.	Geplante Beilagen	Ankündigungen
1 Februar	14.2.	18.2.	20.2.	• Arge Rundschreiben, Berichte Winterschule • Broschüre Wegemarken des Sozialen Fortschritts	Jahrestagung des Vereins
2 April	17.4.	21.4.	23.4.	– offen	Sprockhövel Tagung
3 Juni	12.6.	16.6.	18.6.	• Jahrestagung <i>Ergebnisse und Materialien</i>	ArGe Sommerschule
4 August	7.8.	11.8.	13.8.	• Sprockhövel-Tagungsberichte	
5 Oktober	9.10.	13.10.	15.10.	• Arge Rundschreiben, Bericht Sommerschule	ArGe Winterschule
6 Dezember	11.12.	15.12.	17.12.	– offen	

Die *Politischen Berichte* und die *Ergebnisse und Materialien* werden vom Verein herausgegeben. Die *ArGe-Rundschreiben* der „Linken Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden als Beilage zu den PB verbreitet. Ebenso die Sprockhövel-Tagungsberichte (Siehe auch http://www.linkekritik.de/uploads/media/201906_Mai-Tagungsbericht_Sprockhoevel.pdf). Die seit 2017 in jeder Ausgabe der PB auf den Seiten 22/23 erschienen *Kalenderblätter* sind Ergebnis einer Kooperation mit Europäischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Die *Politischen Berichte* stehen Kooperationspartnern auch zur Ankündigung ihrer Treffen zur Verfügung.

Die *Politischen Berichte – Zeitschrift für linke Politik*, die in den letzten Jahren im Umfang von 24 Seiten elfmal im Jahr erschienen, werden auf sechs Ausgaben mit je 32 Seiten umgestellt.

Der Versand als „Großbrief“ ist teuer, bietet aber eine günstige Möglichkeit für die Verbreitung von Publikation von Kooperationspartnern, die auch 2020 genutzt wird. So können wir zur Nr. 1/2020 der PB nicht nur das „Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie Soziale Befreiung“ mit Berichten über die Winterschule beilegen, sondern auch die Broschüre „Wegemarken des Sozialen Fortschritts“.

Im Gesamtangebot werden sich – in den PB und auf dem Wege von Beilagen – bessere Möglichkeiten für vertiefte Arbeit an Thema, Problem und Projekt ergeben. Für zeitnahe Stellungnahmen zu Ereignissen der Tagespolitik eignet sich die Form kaum noch.

Zum Konzept: In der auf 32 Seiten erweiterten Ausgabe will die Redaktion jedoch versuchen, die aktuelle Themendiskussion in Medienäußerungen und Quellenhinweisen (*Rückblende/Ausblick*) im Auge zu behalten. Das kann funktionieren, wenn Autorinnen und Autoren, die an Themen arbeiten, die etwas undankbare Arbeit an Kurzmitteilungen wahrnehmen.

Linke Politik beginnt mit Kritik, stichhaltige Kritik führt zur Entwicklung von Alternativen und Alternativen drängen zur Realisierung. Die Darstellung solcher Prozesse gelingt am konkreten Fall und braucht Platz; Hintergrundinformationen müssen mitgeliefert, Rahmenbedingungen ausgeleuchtet, authentische Äußerungen der Akteure dokumentiert werden. Dem wollen wir Raum geben.

Das Projekt Kalenderblätter mit seinem europaweit gestreuten Feld an Mitwirkenden macht in der konkreten Vielfalt der politischen Akteure das Streben nach

Emanzipation als verbindendes Motiv linker Politik deutlich. Es zeigt sich auch, dass die europaweite Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbewegungen praktischen Einfluss auf die EU-Institutionen gewinnt. In dem neuen Format können wir versuchen, diese Prozesse auf einer Doppelseite wenigstens punktuell darzustellen.

Für die Berichterstattung über die Auseinandersetzung mit den nationalistischen, rechtsextremen Sammlungsbewegungen, ist eine Doppelseite auch dann zu knapp, wenn man berücksichtigt, dass das Thema auch in anderen Rubriken auftaucht. Wir werden für den Bereich „rechte Provokationen – demokratische Antworten“ vier Seiten bereitstellen, so dass Nachrichten, Dokumentation und Diskussionsbeiträge kombiniert werden können.

Die verbleibenden zwei Seiten werden je nach Bedarf verplant. Die Seitenaufteilung ist noch nicht ganz entwickelt, sicher ist, dass die vorhandenen Rubriken weitergeführt werden.

Arbeitsabläufe. Die Mitwirkenden an den *Politischen Berichten* leben und arbeiten an verschiedenen Orten. Das macht inhaltliche Abstimmung aufwändig. Das Konzept der Verteilung der redaktionellen Verantwortung nach Rubriken verteilt die Mühen. Zur Kommunikation innerhalb der Redaktion dient eine gemeinschaftlich gepflegte „Projektliste“. Die Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation ermöglicht den Dialog über die Planung von Publikationsvorhaben und Schwerpunkten.

Arbeitsplattform www.linkekritik.de. Die aktuellen Ausgaben der vom Verein geförderten Publikationen finden

sich – zeitgleich zur Drucklegung – auf der Arbeitsplattform www.linkekritik.de. Die *Politischen Berichte* erscheinen auch als IT-Ausgabe, inzwischen nicht nur als PDF, sondern auch auf Tablets und Smartphones lesbar. Ältere Ausgaben der *Politischen Berichte* werden als durchsuchbares PDF zugänglich gemacht. Zurzeit bereits erreichbar sind **alle PB-Ausgaben ab 2005** sowie die Jahrgänge **1980 (Gründung) bis 1986**; in den nächsten Monaten werden die spannenden Jahre bis zur Gründung der PDS verarbeitet ...

Umstellung zum Jahreswechsel.

Im Einvernehmen mit Herausgebern, Redaktion Autoren, die wir erreichen konnten, hat der Vorstand entschieden, die Umstellung des Erscheinens bereits zum Jahreswechsel vorzunehmen. Viele unserer Abos werden zum Jahreswechsel bezahlt. Der GNN-Verlag hat kalkuliert, dass das Gesamtpaket billiger wird. Das wollen wir weitergeben. Bei dieser Gelegenheit ist zu betonen, dass die „Beilagen“ von den jeweiligen Kooperationspartnern bezahlt werden und somit unsere Abonnenten nichts kosten.

Jahresabo	Neue Preise	(bisher)
Normal	39,00 €	59,90 €
Förder	54,00 €	85,80 €
Ermäßigt	33,00 €	46,80 €
Ausland	48,00 €	+6,50 € Porto
Weiterverkäufer	21,00 €	(30% Rabatt)

Die erste 32-Seiten-Ausgabe erscheint im Februar. Bei der Jahrestagung des Vereins werden wir an Hand eines konkreten Beispiels diskutieren können, wie das Gesamtpaket – Politische Berichte und Beilagen, Themenhefte, IT-Ausgabe – optimal genutzt werden kann.

Der Vorstand des Vereins für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation dankt allen, die bereit waren, ihre Argumente in diesen kleinen Kommunikationszusammenhang einzubringen. – BRIGITTE WOLF, Sprecherin, CHRISTOPH CORNIDES, Sprecher.

Dänemark/Deutschland – Anerkennung von Minderheitenrechten

RUDI ARENDT, ELMSHORN

Die heutige deutsch-dänische Grenze, die 1920 aufgrund zweier Volksabstimmungen gezogen wurde, beließ auf beiden Seiten nationale Minderheiten, eine der Zahl nach größere deutsche im nunmehr dänischen Nordschleswig und eine beträchtlich kleinere dänische Minderheit in Südschleswig, dem heutigen Landesteil Schleswig. Die große Mehrheit der Dänen nördlich und südlich der Grenze war mit der 1920 gefundenen Lösung zufrieden. Dagegen hielten die meisten Schleswig-Holsteiner sowie die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig an der Forderung nach einer Grenzrevision fest. Erst recht in den Jahren der NS-Diktatur und noch mehr nach der völkerrechtswidrigen deutschen Besetzung Dänemarks (1940) war die deutsche Volksgruppe bestrebt, Nordschleswig „heim ins Reich“ zu führen.

Mit der Kapitulation im Mai 1945 verstumten die Forderungen nach Grenzrevision. Die Hinwendung der deutschen Minderheit zum Nationalsozialismus, ihre Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht, sowie das illoyale Verhalten gegenüber Dänemark konnte nicht ohne Folgen bleiben: Das Haus der deutschen Tageszeitung, der Bismarckturm der deutschen Versammlungsstätte

auf dem Knivsberg, und weitere deutsche Denkmäler wurden gesprengt, Bomben in deutsche Geschäfte geworfen und Versammlungshäuser deutscher Vereine abgebrannt. Etwa 3500 ihrer Angehörigen wurden interniert, 2900 zu Haftstrafen verurteilt. Fast jede deutsche Familie in Nordschleswig war von der sogenannten Rechtsabrechnung betroffen. Die Vermögenswerte der deutschen Volksgruppe wurden eingezogen, die Privatschulen enteignet.

Die dänische Minderheit wiederum sah sich der gezielten Ansiedlung der deutschen Vertriebenen im Landesteil Schleswig und entsprechender Ressentiments ausgesetzt. Die dänische Regierung warnte 1946, dass „die große Zunahme des deutschen Teils der Grenzbevölkerung im Laufe der Jahre eine günstige Grundlage für die deutsche expansionistische Propaganda und Politik abgeben wird. Dänemarks zukünftige Sicherheit wird wesentlich von einem Nachlassen des Flüchtlingsdrucks in den Grenzgebieten abhängen“.

Die britischen Alliierten gaben wiederum einer dänischen Delegation im Oktober 1948 den Rat, ihre nationale Sicherheit „nicht mehr auf der Basis von Südschleswig“, sondern „in Beziehung zu dem übrigen Europa zu betrachten sowie im Hinblick auf die aus dem Osten dro-

henden Aggressionsgefahr“. Unter britischen Vorsitz kam es ein Jahr später zu Verhandlungen zwischen Vertretern der dänischen Minderheit mit der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Das Ergebnis war die vom Kieler Landtag verabschiedete Erklärung vom 26. September 1949. Ihre Kernsätze lauten:

„Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.“

Damit war das „Gesinnungsprinzip“ anerkannt, nach dem es jedem freisteht, sich unabhängig von seiner Sprache oder Abstammung zu der Nation zu bekennen, für die er sich entschieden hat. Der erste Satz der Erklärung wurde, leicht verändert, in die Landessatzung (Art.5) vom 13. Dezember 1949 aufgenommen.

In Kopenhagen versicherte die dänische Regierung den deutschen Nordschleswigern, das ihnen die freiheitlichen und demokratischen Rechte zustünden, die in der dänischen Verfassung und Gesetzgebung festgelegt seien.

Der Konflikt setzte sich allerdings fort. Noch 1951 versuchte die CDU-geführte Landesregierung, mit der Erhöhung der Fünf-Prozent-Klausel die dänische Minderheit zu bekämpfen. Sie erhöhte auf 7,5%. Der Südschleswigsche Wählerver-



Troels Fink – dänischer Architekt der Bonn-Kopenhagener Erklärungen

Der Historiker und Diplomat Prof. Dr. Troels Fink (1912–1999) war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einer der einflussreichsten Gestalter der dänisch-deutschen Beziehungen im Grenzland.

Als kleiner Junge bekam er selbst einen ersten Eindruck vom Nationalitätenkampf, als er ebenso wie andere Kinder aus dänisch orientiertem Haus gezwungen war, eine deutsche Schule zu besuchen. Das änderte sich mit der Wiedervereinigung Nordschleswigs 1920, die – auch in schulischer Hinsicht – für den jungen Fink als Erleichterung erlebt wurde. Nach dem Schulbesuch, den er 1930 mit dem Abitur abschloss, studierte Fink Geschichte an der Universität Kopenhagen. 1941 promovierte er an der Universität Aarhus.

Ende der 1930er Jahre geriet Fink in das Visier der Polizeiorgane Nazi-Deutschlands. Im Frühjahr 1940 setzte das Reichssicherheitshauptamt in Berlin ihn auf eine Sonderfahndungsliste, einem Verzeichnis von Personen, die der NS-Überwachungsapparat als besonders gefährlich oder wichtig ansah.

1942 erhielt Fink eine Stellung als Dozent an der Universität Aarhus. Am 26. April 1945, kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges, wurde sein Haus in Aarhus von der Geheimen Staatspolizei gesprengt, wobei er nur knapp mit dem Leben davon kam.

Von 1946 bis 1959 fungierte er als Berater des dänischen Außenministeriums in Fragen, die das deutsch-dänische Verhältnis betrafen. In dieser Eigenschaft war Fink maßgeblich am Zustan-

dekommen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen beteiligt. 1959 wurde Fink als königlich-dänischer Generalkonsul nach Flensburg entsandt. Auf diesem Posten verblieb er bis 1976. Anschließend amtierte Fink drei Jahre lang, von 1976 bis 1979, als Direktor des am 1. April 1976 gegründeten Institut for Graenseregionsforskning Aabenraa (Institute for Research on Frontier Regions in Aabenraa).



Quellen: Henrik Becker-Christensen: Historiker – Diplomat – Initiator. Zum 100. Geburtstag von Troels Fink. In: Grenzfriedenshefte, 2012, Heft 2, S. 113–116 (online); wikipedia.org/wiki/Troels_Fink. **Bildnachweise:** www.graensforeningen.dk/node/3999, www.au.dk/om/profil/historie/samlingerne/personarkiver/troelsfink/hvornaar-fik-gestapos-kartotekskort-vedr-troels-fink-sine-maerker-efter-brand/



„Abstimmungsgebiete in Schleswig 1920“, womit der strittige Bereich zwischen Dänemark und Deutschland, zwischen Hadersleben und Schleswig gemeint ist.

1. Zone III mit Schleswig, Husum und zahlreichen Nordsee-Inseln stimmten mehrheitlich für dem Verbleib bei Deutschland.
2. Der nördliche Teil in Zone I war seit jeher unwidersprochen – bis auf Bismarcks Okkupation – dänisch gewesen und blieb es nach der Abstimmung.
3. Der mittlere Teil zwischen Flensburg bis Sylt konnte mehrheitlich bei Deutschland bleiben. Die Abstimmung war hier örtlich sehr gemischt und hatte oft nur eine knappe Mehrheit, aber die Zählung der Stimmen wurde als Zone II im Gesamtergebnis gewertet.

Erläuterung Edda Lechner, Norderstedt



Die Regierungserklärungen am 29. 3. 1955 in Bonn durch Bundeskanzler Adenauer und Staatsminister H.C. Hansen. *

band (SSW) blieb bei den Landtagswahlen darunter und verlor alle seine vier Sitze. Er konnte also mit seinen 42 000 Stimmen keinen Sitz im Landtag erringen, während die deutsche Minderheit aufgrund des günstigeren Wahlgesetzes in Dänemark in Groß- und Amtskreisen mit ihren 7.900 Stimmen einen Sitz im Folketing erhielt.

Die dänische Regierung machte dann

Kai Uwe von Hassel. Seinen Vorschlag, einen Minderheitenvertrag abzuschließen, lehnte Dänemark ab. Vom dänischen Gesichtspunkt war es natürlich, die Minderheitenprobleme als innere Angelegenheiten anzusehen, die allein durch die innere Gesetzgebung in Übereinstimmung mit den demokratischen Grundrechten gelöst werden sollten.

„Dieser Unterschied“, so der damalige

während eine Großmacht gegebenenfalls seine Gesichtspunkte erzwingen kann.“

Im Ergebnis stehen zwei Erklärungen aus Bonn und Kopenhagen, deren Kennzeichen es ist, weitgehend identisch, aber innerstaatliche und eigenständige Selbstverpflichtungen zu sein. Hier wurde neben dem schon in der Kieler Erklärung formulierten Gesinnungsprinzips festgehalten: Angehörige der dänischen Minderheit dürfen im Gebrauch der Sprache und Schrift nicht behindert werden. Bei Leistungen aus öffentlichen Mitteln dürfen Angehörige der Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden. Ebenso wurde die Fünf-Prozent-Klausel für den SSW abgeschafft und auf der Gegenseite den deutschen Schulen in Sonderjylland das Examenrecht zuerkannt.

Das Dänische Generalkonsulat resümierte in einer Festschrift zum 60. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Erklärungen: Man kann es auch so formulieren, dass das deutsch-dänische Minderheitenmodell kein „Exportgut“ ist, aber ein moralisches Beispiel dafür, dass man zu tragfähigen Lösungen gelangen kann, wenn der gute Wille von allen Seiten gegenwärtig ist.



Dem „guten Willen“ muss ab und zu nachgeholfen werden: Demonstration der dänischen Minderheit in Rendsburg gegen die Aufhebung der Gleichstellung der dänischen Schulen bei den Schülerkostensätzen durch die CDU-geführte Landesregierung 2010
Foto: Flensburg Avis*

wiederum 1954 die Zustimmung über die Aufnahme der BRD in die Nato von der zukünftigen Behandlung der dänischen Minderheit abhängig. Die erste offizielle Reaktion kam dann vom neuen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten

Berater der dänischen Delegation, der Historiker Troels Fink „geht, was Dänemark betrifft, mit der Erkenntnis zusammen, dass ein kleines Land im Falle eines Streits wenig Möglichkeiten hat, seiner Auffassung Nachdruck zu verleihen,

Literaturhinweise: Troels Fink: Deutschland als Problem Dänemarks, 1968, Christian Wolff Verlag Flensburg; www.geschichte-s-h.de; Geschichtsumschlungen – Sozial und Kulturgeschichtliches Lesebuch Schleswig-Holstein 1848-1948, Dietz-Verlag; * **Fotos:** Königlich Dänisches Generalkonsulat Flensburg; „Vom Gegeneinander zum Miteinander“ – Das Dänisch-Deutsche Minderheitenmodell. 2015

„Ich fühle mich eigentlich gut als dänische Minderheit“ – Feature im Deutschlandfunk Kultur 26.5.2019

Die Gesprächspartner in der Radio-reportage, allesamt Bewohner in der Grenzregion, wissen durchaus, was alles dranhängt rund um „Deutsche Dänen, Deutsch-Dänen, Grenzdänen“ und stellen – jedenfalls in der Reportage – fest: „Vielen in der Grenzregion fallen einengende Zuschreibungen eher lästig. Man ist, was man ist, meist irgendwie beides.“ Der eigentliche befreiende Akt ist und bleibt, dass die amtliche Erfassung einer Zugehörigkeit verboten ist. Keiner redet

von Integration oder von Leitkultur: „Jeder kann sich zur Minderheit bekennen. Hört sich banal an, ist es aber nicht. Im Gegenteil. Nationale Zugehörigkeit wird zur Nebensache. Immer mehr deutsche Eltern schicken heute ihre Kinder zu den Dänen. Die sind irgendwie lockerer. Legen mehr Wert auf das Miteinander. So hört man es an jeder deutschen Ecke.“ ... „Das Endziel ist nicht, dass alle gleich sind. Sondern man akzeptiert, dass man gegenseitig verschieden ist, man akzeptiert,

dass es eine Bereicherung ist, dass man unterschiedlich ist. Und man liebt sich dafür gegenseitig. Ich denke aber, das ist nicht zuletzt eine Lehre aus dem Dritten Reich. Dass man gesagt hat: Wir wollen jetzt keine Minderheiten mehr erfassen“, sagt Lars Erik Bethge, der Kommunikationschef der Minderheit. Er erinnert an den historischen Quantensprung in der deutschen Minderheitenpolitik: dem freien Bekenntnis.

Zusammenfassung: Eva Detscher, Karlsruhe

www.deutschlandfunkkultur.de/daenische-minderheit-in-schleswig-grenzenlose-identitaet.942.de.html?drum:article_id=449769

Inhalt	
Aktuelles	2
Lage kompliziert – Strategie gesucht • FAZ Kriegserinnerungen – Ein Ruhmesblatt?	
Winterwahlen im Vereinigten Königreich – Ausgang ungewiss	3
Spanien: Linksregierung geduldet von katalanischen Separatisten – sicher? Für wie lange?	4
Neue Straßen in Papua-Neuguinea: Die, die sie brauchen, bekommen sie nicht	7
Aktionen – Initiativen: Windkraft-Krise	8
BUND: Altmaiers Vorschläge keine Antwort auf die Windkraft-Krise • BUND zur Umfrage Windenergie an Land • NABU: Klima- und Artenkrise müssen gemeinsam gelöst werden • IG Metall: Windkraft braucht Perspektiven • Riexinger zur Krise des Windenergieausbaus • Windkraftgegner distanzieren sich von AfD	
Links wirkt: Hamburg bekommt Stadtteil-Gesundheitszentren	10
Köln: Städtische Kliniken in kommunale Hand! – Standort Holweide bleibt!	10
Kommunale Politik --- Gesundheitspolitik	12
Die Wertschätzung des Pflegeberufs muss endlich erhöht werden: Stuttgart. • Koalition zieht subjektives Sicherheitsgefühl echten Rettungskräften vor: Offenbach. • Ja zur Klinik-Offensive: Krankenhäuser brauchen mehr Geld! Berlin. • Ziehen wir es durch! Einführung von Drug-Checking: Berlin. • Anonyme Gesundheitskarte auch für papierlose Menschen: Bremen. • Die Linke: Drogenmobil ist eine sinnvolle Maßnahme. Lübeck. • Kinder- und Geburtsstation am Krankenhaus Parchim sichern • Hände weg vom Marienhospital. Märkischer Kreis. • Schließung der Notdienstpraxis in Rheinberg: • Werben bis der Arzt kommt? Cuxhaven.	
Menschenrechte im Betrieb	14
Unternehmen und Menschenrechte – Studie zu Sorgfaltspflicht-Gesetzen im Vergleich Aus der Niedrig- und Mindestlohnbewegung	
Terra obliata – Ansatzpunkte für eine europäische Erinnerungskultur?	16
Erfahrungen einer ukrainisch-russisch-deutschen Studierendenbegegnung	16
Rechte Provokationen – Demokratische Antworten	17
Die Linke im hessischen Landtag: VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben	18
ArGe-Winterschule: Einladungen zu den Kursen	20
Verein für Pol. Bildung, Linke Kritik und Kommunikation – Publikationsplan 2020	21
Kalenderblatt, 29. März 195: Dänemark/ Deutschland – Anerkennung von Minderheitenrechten	22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 20. Februar 2020. Redaktionsschluss: Freitag, 14. Februar. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Erscheinungstermine 2020: 20. Februar, 23. April, 18. Juni, 13. August, 15. Oktober, 17. Dezember

VVN muss gemeinnützig bleiben. Esther Bejarano hat Olaf Scholz, Bundesminister der Finanzen, einen offenen Brief geschrieben:

„25. November 2019

Sehr geehrter Herr Minister Scholz,

seit 2008 bin ich die Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, der gemeinnützigen Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, gegründet 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und NS-Verfolgten. Die Arbeit der Antifa, die Arbeit antifaschistischer Vereinigungen ist heute – immer noch – bitter nötig. Für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren und extreme Rechte nicht mal mehr vor Angriffen gegen Vertreter des Staates zurückschrecken.

Wohin steuert die Bundesrepublik?

Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus!, wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im Land die Arbeit unmöglich machen? Diese Abwertung unserer Arbeit ist eine schwere Kränkung für uns alle.

„Die Bundesrepublik ist ein anderes, besseres Deutschland geworden“, hatten mir Freunde versichert, bevor ich vor fast 60 Jahren mit meiner Familie aus Israel nach Deutschland zurückgekehrt bin. Alten und neuen Nazis bin ich hier trotzdem begegnet. Aber hier habe ich verlässliche Freunde gefunden, Menschen, die im Widerstand gegen den NS gekämpft haben, die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Nur ihnen konnte ich vertrauen.

Wir Überlebende der Shoah sind die unbequemen Mahner, aber wir haben unsere Hoffnung auf eine bessere und friedliche Welt nicht verloren. Dafür brauchen wir und die vielen, die denken wie wir, Hilfe! Wir brauchen Organisationen, die diese Arbeit unterstützen und koordinieren.

Nie habe ich mir vorstellen können, dass die Gemeinnützigkeit unserer Arbeit angezweifelt oder uns abgesprochen werden könnte! Dass ich das heute erleben muss! Haben diejenigen schon gewonnen, die die Geschichte unseres Landes verfälschen wollen, die sie umschreiben und überschreiben wollen? Die von Gedenkstätten ‚als Denkmal der Schande‘ sprechen und den NS-Staat und seine Mordmaschine als ‚Vogelschiss in deutscher Geschichte‘ bezeichnen?

In den vergangenen Jahrzehnten habe ich viele Auszeichnungen und Ehrungen erhalten, jetzt gerade wieder vom Hamburger Senat eine Ehrenmedaille in Gold. Mein zweites Bundesverdienstkreuz, das Große, haben Sie mir im Jahr 2012 persönlich feierlich überreicht, eine Ehrung für hervorragende Verdienste um das Gemeinwohl, hieß es da. 2008 schon hatte der Bundespräsident mir das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse angeheftet. Darüber freue ich mich, denn jede einzelne Ehrung steht für Anerkennung meiner – unserer – Arbeit gegen das Vergessen, für ein „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“, für unseren Kampf gegen alte und neue Nazis.

Wer aber Medaillen an Shoah-Überlebende vergibt, übernimmt auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung für das gemeinsame NIE WIEDER, das unserer Arbeit zugrunde liegt.

Und nun frage ich Sie:

Was kann gemeinnütziger sein, als diesen Kampf zu führen?

Entscheidet hierzulande tatsächlich eine Steuerbehörde über die Existenzmöglichkeit einer Vereinigung von Überlebenden der Naziverbrechen?

Als zuständiger Minister der Finanzen fordere ich Sie auf, alles zu tun, um diese unsägliche, ungerechte Entscheidung der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Arbeit der VVN-BdA rückgängig zu machen und entsprechende Gesetzesänderungen vorzuschlagen. Wir Überlebenden haben einen Auftrag zu erfüllen, der uns von den Millionen in den Konzentrationslagern und NS-Gefängnissen Ermordeten und Gequälten erteilt wurde. Dabei helfen uns viele Freundinnen und Freunde, die Antifaschistinnen und Antifaschisten – aus Liebe zur Menschheit! Lassen Sie nicht zu, dass diese Arbeit durch zusätzliche Steuerbelastungen noch weiter erschwert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Esther Bejarano

Vorsitzende, Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

N.B.: Dieser Brief wird auch an Fraktionen im Bundestag, an Medien und Freundeskreise weitergeleitet. Stellungnahme der Linksfraktion im hessischen Landtag zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit siehe Seite 18

